

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Jahreszeitungspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreisbond für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gepaltene Zeitseite mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 139.

Dresden, Freitag den 19. Juni 1908.

19. Jahrg.

Die Alterspensionen im Unterhause.

Von unserem Correspondenten.

j. s. London, 16. Juni.

Die Alterspensionen, welche Beugnis davon hätten ablegen sollen, daß der englische Überklassismus noch nicht alle Fähigkeit für die Schöpfung weitreichender sozialer Reformen verloren hat, entpuppen sich nun nachdrücklich zu einem neuen greifbaren Beispiel überalter Unentschiedenheit und Wortbrüchigkeit. Die Alterspensionenfrage in der Form, wie sie der Premierminister Asquith gelegentlich der Einreichung des Budgets im Unterhause darlegte, war — wie wir seinerzeit in diesen Spalten ausführten — sicherlich nicht geeignet, die berechtigten Forderungen der mit diesen Reformversuchen jahrzehntelang genausuchten englischen Arbeiter zufriedenzustellen. Die allgemeinen Richtlinien der Reform und gewisse vorzügliche Einzelheiten derselben, welche von Asquith in seiner Budgetrede ausführbar gezeigt wurden, schienen aber doch eine gewisse Entschädigung für den fiktiven Umsang derselben bieten zu können, und so wurde sie als ein ernst zu nehmender und erweiterungsfähiger Anfang auch von demen begrüßt, welche nur eine viel tiefergehende Reform zufriedenstellen könnte. Nun liegt aber die Vorlage im Druck vor, und mit Staunen gewahrt man, daß sie unvergleichlich schlechter ist, als wie sie Asquiths Rede darstellte. Die Kritik der mancherlei und anachthonischen Reaktionäre scheint inzwischen einen ganz großen Eindruck auf die Regierung gemacht zu haben. Es ist nichts anderes als ein Standal und ein wenigstens in England bisher nicht allgemein üblicher Vorgang, daß der Premierminister im Unterhause eine wichtige Bill einreicht, und noch dazu zwei Tage vor einer entscheidenden Parlamentswahl (der von Dundee, in welcher der Handelsminister Churchill gerade dank der Ankündigung der Alterspensionen-Vorlage mit knapper Not siegte), um sie dann im Handumdrehen abschließend zu verstimmen.

Gemäß den Erklärungen des Premierministers sollte die Vorlage u. a. die folgenden Bestimmungen enthalten: die Pension sollte Beitragssatz sein, die Pensionsberechtigung sollte unabhängig vom moralischen Charakter des Bewerber, mit alleiner Aufnahme der tatsächlichen Verbrechen sein, und die Annahme von Armenunterstützung in der Vergangenheit sollte keine Disqualifikation sein. Wörtlich lagte Asquith folgendes: „Je weniger man auf Fragen über Charakter, abgesehen von tatsächlichen Verurteilungen wegen Verbrechen, eingeht, um so besser. Alle angeregten Prüfsteine nehmen sich auf dem Papier ganz gut aus; Sparsamkeit, Vorsicht, Charakter, gutes Leumund, sie alle hören sich gut an, wenn man sie aber in konkreter Form sieht, sind sie schwer anzuhören, und die Anwendung kann sehr leicht unverantwortlich hören erzeugen.“ Vielleicht man aber die gedruckte Bill nach, so findet man, daß eine Person ihrer Pension verlustig geht, wenn sie in früheren Jahren „sich gewohnheitsmäßig geweigert hat zu arbeiten“ oder „wenn sie durch ihre eigene gewollte Tat oder ihr schlechtes Vertragen in die Lage gekommen ist, sich um die Pension zu bewerben“. Hier ist, wie man sieht, eine moralische Bedingung in ihrer schlimmsten Form eingeführt, welche den ganzen Charakter und Wert der Reform mit einem Schlag verändert. Um diese Bestimmung zu erfüllen, wird man wohl keine eigens zu dem Zweck anstellen müssen, um in der ganzen Lebensgeschichte des großen Bewerber zu schmähen, um ihren moralischen Charakter, vielleicht auch gar ihre politische Gestaltung ausfindig zu machen. Dies ist offensichtlich der beste Weg, den Bewerber die ganze Reform zu vereiteln.

Ahnlich steht es mit der Frage der Paupers, nach Asquith sollten „in dem ersten Jahre nur die fiktiven Paupers ausgeschlossen“ werden. Die gedruckte Bill disqualifiziert alle, welche vom 1. Januar 1908 ab Armenunterstützung erhalten haben! All diese Ungeschicklichkeiten werden also jede vorherige Warnung zum lebensfähigen Pauperismus verdammt.

Es ist begreiflich, daß die Arbeiterpartei über diesen unerhörten Vorbruch empört ist, und sie wird ohne Zweifel eher revoltieren, als diese Verzerrung der Reform demütig hinnehmen.

Gestern hat nun der Schatzkanzler Lloyd George für die verständliche Ausgabe der Vorlage im Unterhause Rede stehen müssen. Er hieß eine lange Rede, in welcher er sowohl auf die Kritik der Konserventen, die untröstlich darüber sind, daß das Prinzip der Beitragssicht der Pensionsberechtigung ein für allemal eingeschlossen worden ist, wie er auch auf die Kritik der Arbeiterpartei wegen der Unzulänglichkeit der Reform zu erwidern versucht. Gegenüber den letzteren verhielt er sich nicht ganz schroff. Er bekannte immer wieder, daß die Vorlage nur ein erster Anfang sei und bat deshalb um Nachdruck. Er erklärte sich bereit, eine gletschende Bentonskala für jeden Bewerber einzuführen, deren Einkommen das Maximum von höchstens 10 £ um ein Mehrfaches übersteigt. Was der Pauper betrifft, so wollte er diese nur vorläufig ausschließen, bis der bald fällige Bericht der fiktiven Kommission über das Armenrecht vorliegen wird, da dann die ganze Frage des Pauperismus eine gründliche Behandlung erfahren werde. Hinreichlich der Bestimmung über den Charakter des Bewerber erklärte er sich bereit, den Wortlaut der Vorlage zu ändern, und insbesondere den Ausdruck „schlechtes Vertragen“ zu streichen, aber legende Handgabe wollte er sich bemühen, um die gewohnheitsmäßigen Altkinder und Verschwendeter auszuschließen. Um der Arbeiterpartei entgegenzukommen, sei er bereit, alle jene, welche zehn Jahre hindurch Mitglieder von Gewerkschaften oder Arbeiter-Unterstützungsvereinen gewesen sind, mit der Charakterprobe zu versehen. Mit Recht

antwortete darauf Genosse O'Grady, der die Vorlage nachher im Namen der Arbeiterpartei einer scharfen und gründlichen Kritik unterzog, daß dadurch die große Masse der Frauen sowie der unorganisierten Landarbeiter vor den Schnäppern und Spionen nicht verschont bleiben werden. Zu erwähnen ist noch, daß der Schatzkanzler im Vorbeigehen darauf hindeutete, daß demnächst auch für die Invaliden unter 70 Jahren Vorsorge getroffen werden wird.

Sie entschieden anstrengte der Schatzkanzler auf manche Angriffe der reaktionären Kritiker der Alterspensionen und er ließ dabei eine interessante Kritik des mit Beitragssicht verbundenen Pensionen. Er sagte u. a. folgendes: „Ich halte die Unterscheidung von Beitragsslosen und mit Beitragssichten verbundenen Systemen überhaupt für bedenklich. Solange Steuern auf solche Waren gelegt sind, welche von jeder Familie im Lande konsumiert werden, gibt es überhaupt kein solches Ding, wie ein Beitragssloses System. Tee, Kaffee, Zucker, Bier und Tabak sind befreit, und dadurch werden alle betroffen. Deshalb ist ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes System ebensoviel ein Beitragssloses System, wie wenn die Gelder nach deutschem Muster durch die direkten Beiträge der Beteiligten herbeigeschafft werden. Ein Arbeiter, der seine Gesundheit, seine Kraft und Geschicklichkeit zur Schöpfung des nationalen Reichtums hergegeben hat, hat damit auch seinen Beitrag geliefert zu dem Fonds, aus welchem er Pensionen erhält, wenn er nicht mehr imstande ist, jenen Reichtum zu schaffen.“

Dann gab er die folgenden Argumente gegen die Beitragssicht: „Erstens würden dadurch fast alle Frauen von den Pensionen ausgeschlossen (was ja in Deutschland tatsächlich der Fall ist). Zweitens ist die Mehrzahl der Arbeiter nicht imstande, eine genügende Summe von ihrem Wochenverdienst wegzulegen, um für ihr Alter Vorsorge treffen zu können.“ Diese Behauptung belegte der Schatzkanzler mit Zahlen, welche die Lage und die Lohnverhältnisse der Arbeiter illustrierten. Diese Kritik des ganzen Systems der Beitragssicht verdient auch die Beachtung derer, welche die deutsche Alters- und Invalidenversicherung in den Himmel zu heben

sich's mit teuren, aber tüchtigen Arbeitern besser, als mit billigen, aber wenig leistungsfähigen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Landwirtschaft suchen muß, auf dem Gebiete des Ackerbaus möglichst an menschlicher Arbeitskraft zu sparen. Das kann noch viel mehr, als bisher durch vermehrte Anwendung von Maschinen geschehen. Zur Bedienung der Maschinen braucht man aber ein sich schon geschulteres und darum höher bezahltes Personal. Kann so im Ackerbau am Menschenhand noch viel gespart werden, so ist dies allerdings auf dem Gebiete der Viehzucht im allgemeinen nicht der Fall. Aber gerade hier spielt die Lohnfrage wirklich eine ausschlaggebende Rolle. Der Landwirt kann einem zuverlässigen Arbeiter, der mit dem Vieh zu tun hat, sehr wohl einen hohen Lohn bezahlen. Denn nirgends rächt sich eine unproduktive, sorglose Arbeit für den Landwirt empfindlicher, als gerade bei der Pflege des Viehs. Personal, das mit liebvollem Verständnis das Vieh pflegt, macht sich auch bei stark steigenden Löchern immer am bezahlt. Dagegen führen gegenüber die Ausgaben für höhere Löhne wenig ins Gewicht fallen.

Aus diesen Erwägungen heraus kommen wir zu dem Schlusse, daß sich für abhobare Zeit die deutsche Landwirtschaft mit der Tatsache des Leutennot abfinden muß. Sie wird mehr oder minder stark sein je nach den Schwankungen der gewöhnlichen Konjunktur, aber sie wird nicht verschwinden. Es kann ihr dagegen erfolgreich entgegengewirkt werden, indem einmal die Landwirtschaft überall wo es angeht, an menschlichen Arbeitskräften zu sparen sucht, indem sie aber dafür auf der anderen Seite die benötigten Arbeiter um so besser bezahlt, je leistungsfähiger sie sind. Denn es ist ein Vorteil zu glauben, in der Landwirtschaft handelt es sich nicht um qualifizierte Arbeit, die von dem ersten Tag an gleich gut ausgeführt werden kann. Ganz im Gegenteil, die Arbeitseigenschaften in der Landwirtschaft werden von intelligentem Verständnis das Vieh pflegt, machen sie auch bei stark steigenden Löchern immer am bezahlt. Dagegen führen gegenüber die Ausgaben für höhere Löhne wenig ins Gewicht fallen.

Aus diesen Erwägungen heraus kommen wir zu dem Schlusse, daß sich für abhobare Zeit die deutsche Landwirtschaft mit der Tatsache des Leutennot abfinden muß. Sie wird mehr oder minder stark sein je nach den Schwankungen der gewöhnlichen Konjunktur, aber sie wird nicht verschwinden. Es kann ihr dagegen erfolgreich entgegengewirkt werden, indem einmal die Landwirtschaft überall wo es angeht, an menschlichen Arbeitskräften zu sparen sucht, indem sie aber dafür auf der anderen Seite die benötigten Arbeiter um so besser bezahlt, je leistungsfähiger sie sind. Denn es ist ein Vorteil zu glauben, in der Landwirtschaft handelt es sich nicht um qualifizierte Arbeit, die von dem ersten Tag an gleich gut ausgeführt werden kann. Ganz im Gegenteil, die Arbeitseigenschaften in der Landwirtschaft werden von intelligentem Verständnis das Vieh pflegt, machen sie auch bei stark steigenden Löchern immer am bezahlt. Dagegen führen gegenüber die Ausgaben für höhere Löhne wenig ins Gewicht fallen.

Leutenot und Landarbeiterlöhne.

rc. Auf Grund der statistischen Nachweise des Reichsarbeitsblattes kann für das laufende Jahr eine Abnahme der Leutenot festgestellt werden. Da fast allen Nachweisen, die sich mit der Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte befassen, ergibt sich eine Zunahme des Angebots gegenüber den letzten Jahren. Man kann zwar bestreiten, daß diese Statistik den Nachweisen hinreichend genug ausgebaut sei, um einen Blick auf den gesamten Arbeitsmarkt in der deutschen Landwirtschaft zu ermöglichen, man kann aber nicht auf Grund persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen ein zuverlässiges Urteil über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt haben wollen. Denn die unvollkommenen Statistiken ist doch immerhin der beschränkten Einzelbeobachtung bei weitem überlegen. Es dürfen aber die Ergebnisse der Statistik doch insofern richtig sein, als sie eine Abnahme der Leutenot feststellt. Ob der Grad der Abnahme der Leutenot von der Statistik in ihrer heutigen Ausbildung richtig erachtet wird, ist eine andere Frage. Streitig v. Witzbach behauptet nun in einem Artikel des Tags, daß die Leutenot auf dem Lande in unveränderlichem Maße fortbestehe. Er gibt freilich indirekt zu, daß das Angebot in diesem Jahre aus verschiedenen Ursachen größer sei als z. B. im Vorjahr. Wird dies aber zugestanden, so hat eben die Leutenot im laufenden Jahr in der Tat eine Verminderung erfaßt.

Etwas anderes ist es, ob durch die jetzige Verminderung der Leutenot das Landarbeiterproblem gewissermaßen schon die Lösung entgegengeführt werde. Auf diese Frage kann man ohne weiteres mit Nein antworten. Denn das ist falsch, daß bei einer Besserung des gewerblichen Arbeitsmarktes die Leutenot wieder zunehmen wird. Freilich vorläufig wird nach einige Zeit vergehen, bevor die gewerblichen Betrieben wieder Arbeitskräfte in stärkerer Zahl an sich ziehen werden. Streitig v. Witzbach behauptet aber im nämlichen Artikel weiter noch, daß die Landwirtschaft unter dem Druck der Wettbewerbs seit langen Jahren bereits die Löhne bis zu einer Höhe gestiegen habe, die die Rentabilität ihrer Wirtschaft in Frage stellt, ohne damit ein verhältnismäßig niedriges Angebot zu erreichen. Es dürfte kaum zu befürchten sein, daß die Löhne in der Landwirtschaft gestiegen sind, aber es ist sehr schwer, sich eine Vorstellung dieser Steigerung für die gesamte deutsche Landwirtschaft zu machen. Keinesfalls kommt die Steigerung der Löhne für landwirtschaftliche Arbeiter jenseits gleicher, die die Löhne der gewerblichen Arbeiterschaft etwa im letzten Decennium erfaßt haben. Schon allein dadurch würde also die Fortdauer der Abwanderung noch den Industriezweigen erschweren. Die Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft war aber während der letzten Jahre auch nicht so erheblich, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu gefährden. Trotz der Lohnsteigerungen hat vielmehr gerade in den letzten Jahren die Rentabilität in der Landwirtschaft so angenommen, daß sie nicht entfernt in Frage gestellt, sondern durchschnittlich recht reichlich bemessen war. Es kann nie und nimmer die Idee davon sein, als ob die hohen Löhne die Gewinnentziehung förderten. Wir haben leider versäumt wenigzureichend Material, um die Rentabilität der Landwirtschaft beurteilen zu können. Aber, nichtdestoweniger möchten wir bis zum Erreichen des Gegenteils an der Behauptung festhalten, daß die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft sich in den letzten Jahren überaus günstig gestaltet hat. Störertheiten wie z. B. die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die in ihren Buchführungsabteilungen die Gestaltung der Rentabilitätsverhältnisse zu verfolgen in der Lage sind, dürfen der Behauptung einer Verbesserung der Rentabilitätsverhältnisse wohl nicht widersprechen.

Auch für die Landwirtschaft trifft es nicht zu, daß hohe Löhne die Extrazölle ungünstig beeinflussen müssen. Gleichzeitig arbeiten

Präsidentenwahlkandidat Taft.

Der Konvent des schwarzöllerischen Kapitalismus.

Telegraphische Berichte.

Chicago, 18. Juni. Nach einer die ganze Nacht währenden Sitzung gewannen die Anhänger Tafts in dem zur Beiratung der Resolutionen aufgesetzten Ausschuß des republikanischen Nationalkonvents den Sieg, indem alle Punkte in der Platform, die von Taft und Roosevelt befürwortet worden waren, zur Annahme gelangten. Zusätzlich wurde auch der Punkt in der Platform genehmigt, der ein Gesetz empfiehlt, nach welchem die Arbeitseigenschaften bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur bundesgerichtlichen Verordnungen unterworfen sind, die nach Vernehmung beider Parteien beschlossen wurden. Ausnahmen sollen nur Fälle bilden, wo ein nicht wieder gut zu machender Schaden aus einem Verzuge entstehen könnte.

Chicago, 18. Juni. (Auf deutsch-amerikanischem Boden.) Das Resolutionskomitee des republikanischen Konvents unterbreite dem Parteitag das Parteidokument, das eine lange Reihe wichtiger Fragen behandelt und bezüglich der Tariffrage ausführt, die republikanische Partei erklärt sich unzweideutig dafür, daß die Tarifrevision in einer Spezialsession des Kongresses sofort nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten verhandelt werde. Das Parteidokument erklärt weiter, daß Prinzip des Schutzzolls werde am besten gewahrt durch die Auflösung solcher Zölle, welche die Differenz zwischen den Produktionskosten des Inlandes und des Auslandes ausgleichen und ferner der amerikanischen Industrie einen angemessenen Verdienst sichern. Weiter wird in diesem Programm ein Minimal- und ein Maximalkarf befürwortet. Dieser soll gegen Länder angewendet werden, die amerikanische Waren unterschiedlich behandeln, der Minimaltarif soll dagegen nicht nur amerikanischen Fabrikanten, sondern auch eine hohe Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter erhalten. Befürwortet wird ferner zollfreier Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen mit Einschränkungen nur bezüglich des Tabaks und des Zuckers. Zum Schluß dieser heimischen Interessen“ befürwortet das Parteidokument die Änderung des Sherman-Antitrustgesetzes zum Zwecke der Erweiterung der Kontrolle seitens der Regierung über die Korporationen. Das Parteidokument bestont die Fortschritte des Landes unter dem republikanischen Regime. Das Nationalvermögen übertrifft das Englands und aller seiner Kolonien und sei größer als das Deutschlands und Frankreichs zusammengezogen. (Es fragt sich nur, in welchen Händen sich das „Nationalvermögen“ befindet! Ob in den Händen der Nation oder einer Gruppe von Ausbütern der Nation! D. Red.)

Chicago, 18. Juni. Der Konvent nahm den Majoritätsbericht an, der die von Taft und Roosevelt befürwortete Plattform beantragt. Beziiglich der Umlaufsmittel rät die Plattform zu weiteren Gesetzen, die den Geldumlauf elastischer machen, ihn mehr den Bedürfnissen des Landes anpassen und die Schwankungen des Zinses vermeiden. Nachdem der republikanische Konvent die Plattform angenommen hatte, begann die Aufführung der Kandidaten seitens der Staaten in alphabethischer Reihenfolge. Die Galerie, ungeduldig Taft genannt zu hören, unterbrach die Sprecher. Als Ohio endlich Taft nominierte, erfolgte eine ganze großer Begeisterung.

Chicago, 18. Juni. Der republikanische Konvent hat Taft zum Präsidentenkandidaten nominiert.

Politische Uebersicht.

Auch die Reichsbank desavonierte Wilhelm II.

k. Nunmehr hat sich auch die Reichsbank der Desavouierung der Kriege Wilhelms II. auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz ausgeschlossen. Am Donnerstag nahm, wie gestern telegraphisch gemeldet wurde, der Zentralausschuss der Reichsbank plötzlich eine Ermäßigung des Diskontsatzes von 4½ auf 4 Prozent vor, nachdem erst am 4. Juni eine Erhöhung von 5 Prozent auf 4½ Prozent erfolgt war. Eine sachliche Begründung für dieses überraschende Ereignis gibt es nicht, die schnelle Ermäßigung des offiziellen Geldsatzes steht in einem ausgesprochenen Gegensatz zu der bisherigen Politik der Reichsbank, die die leichte Diskontermäßigung nur widerwillig auf das stürmische Verlangen von Industrie und Handel vornahm. In den letzten Tagen zeigte es sich, daß die industriellen Gesellschaften einen über alle Erwartungen großen Kapitalsbedarf in der nächsten Zeit decken wollen, die beiden deutschen Elektrizitätsgesellschaften allein treten mit Ansprüchen von etwa 100 Millionen Mark an den Geldmarkt. Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp kündigte gleichfalls die Aufnahme einer vierprozentigen Anleihe im Betrage von nicht weniger als 50 Millionen Mark an, zahlreiche andere Gesellschaften folgten ihr mit mehr oder weniger größeren Anforderungen. Unter diesen Umständen wäre normalerweise an eine Diskontermäßigung um so weniger zu denken gewesen, als der naheende Julitermin erfahrungsgemäß gleichfalls zu einer Belastung des Geldmarktes führt. Selbst die Börse, die die Verbilligung des Geldes als eine Beförderung der Spekulationsmöglichkeit freudig begrüßte, kam zu der Auffassung, daß die Ermäßigung des Reichsbank-Diskontsatzes als eine politische Handlung zu betrachten ist. Dem Auslande sollte bewiesen werden, daß die leitenden Kreise Deutschlands die politische Lage richtig beurteilen und im Gegensatz zu der Kriege Wilhelms II. die Möglichkeit ernster Verwicklungen in dem augenblicklichen Zeitpunkt zurückweisen. Der deutschen Völker gegenüber war eine solche Befundung völlig überflüssig, sie zeigte sich durch politische Befürchtungen nicht beunruhigt; die anders lautenden Berichte der Börsenpresse entsprangen nur dem Versuch, die völlige Stagnation des Börsenverkehrs einmal mit weniger abgenutzten Gründen zu erklären. Die Reichsbank folgte mit der Diskontermäßigung den Erklärungen Bülow's und der Haltung der deutschen Presse mit Aufnahme der wenigen alddeutschen Kurzblätter.

Der patriotische Freiheit.

Wir haben gestern gelernt, wie die Reaktion den Freiheit für die Verbilligung der neuen Steuern vorbereitet, und wie haben gelernt, daß der Freiheit sich gern und leicht vorbereiten lassen wird. Diese Meldung findet sofort volle Bestätigung.

Das Berliner Tageblatt hatte lärmlich die Parole an den Freiheit ausgegeben: „Keine Finanzreform ohne Wahlreform“. Der Senator der Freiheitlichen Volkspartei, Albert Träger, hat diese Parole in einem beiderdeutschen Artikel „Feste Preise“ noch besonders unterstrichen. Der Erfolg aber ist, daß Herr Müller-Melching, der zu den vertrauten Machern der Wilhelmstraße gehört, während man den immer noch viel älteren Träger wie einen alten Dorfrottel behandelt, in den Münchner Neuesten Nachrichten mit Prinzipienstolz erklärt kann, die Finanzreform dürfe nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels gemacht werden.

Die Reichsfinanzreform ist eine nationale Forderung, ja geradezu die Grundlage künftigen Lebens und Gedächtnisses unseres Vaterlandes. Hier Wandel und Ordnung zu schaffen, ist eine gebietserhebliche Notwendigkeit, bei der wir nicht markieren noch feißen. Gewiß wünschen wir auch die gründlichste Wahlreform in Preußen — um der Gerechtigkeit willen —, obwohl sie wahrscheinlich dem Liberalismus in Preußen ebenso wenig nützen wird, als sie es bei uns Bayern getan hat. Aber für seine Wahlreform muß Preußen selbst sorgen.

Kein Wunder, daß diese „durchaus besonnenen regpolitischen Darlegungen“ von der Freiheit mit Wohlgefallen übernommen werden. So kann es ihr auch nur recht sein. Die Junker tun nichts unkonst. Aber der Freiheit macht's aus Liebe.

Deutsches Reich.

Das Penny-Weltporträt.

Aus London wird gemeldet: Die englische Regierung lehnt es ab, das Abkommen über das Penny-Briefporto mit Frankreich allein abzuschließen, da die Gewährung einer solchen Priorität Deutschland, daß die Frage ebenfalls erwäge, verleihen könnte. Man bedächtigt, den Pennytarif mit allen Staaten des Kontingents, sofern sie nicht durch Rückstichen auf ihr Budget davon abgehalten werden, abzuschließen.

Dr. Theodor Barth über die preußischen Wahlen.

In einer Verhandlung der demokratischen Vereinigung in Berlin verbreitete sich Dr. Barth über den Wahlausfall. Der geringe Erfolg der Freiheitlichen, führte er aus, ist hauptsächlich auf den in ihren Reihen herzliegenden kleinlichen Ehrengesell und auch noch darauf zurückzuführen, daß diesmal geslossenheit alle großen liberalen Ideen aus dem Wahlkampf ausgeschlossen wurden. (Zustimmung.) Wir werden niemals wieder hochkommen, wenn wir nicht zu den bewährten liberalen Idealen zurückkehren, unbefriedigt darum, ob dabei momentan einige Mandate gewonnen oder verloren werden. Da diesmal die Wiederherstellung des Wahlrechts im Vordergrunde stand, so hätten es sich die freisinnigen Parteien zur Ehre anreden müssen, frisch und fest auf das Ziel loszugehen und die Wählermassen mit fortzutragen. (Sehr richtig!) Stattdessen hat die freisinnige Volkspartei Kompromisse geschlossen mit den argsten Wahlrechtsfeinden. (Ausdrücke.) Zur letzten Stunde richtete sich dabei der Kampf ausschließlich gegen die einzige Partei, die offen

auf die Beseitigung des Kreiswahlrechts losging. Charakteristisch für die Verkürzung des Freisinnigen Volkspartei waren die Vorgänge in Brandenburg. Dort hat sie zugestandenermaßen schon bei den Urwahlen ihre Wahlmänner verpflichtet, erforderlichenfalls eingetreten. (Hört! Vor dieser Hauptprobe ist sie durch den Wahlausfall verschont geblieben. (Auffallend!) Eine Partei, die mit Wahlrechtsfeinden Hand in Hand geht, hat sich selbst das Urteil gesprochen. (Beifall.) Das Bedauerliche hierbei ist, daß die freisinnige Wählerschaft bei der Haltung ihrer Führer nicht rebellisch geworden ist. (Sehr richtig!)

Dass eine bürgerliche Partei bei Landtagswahlen offen für die Sozialdemokratie eintritt, wie es die Demokratische Vereinigung getan hat, ist der erste Fall dieser Art. Einem Achtungserfolg kann man der jungen Bewegung nicht streitig machen, wenn man berücksichtigt, daß in Teltow-Berndorf 4500 Wähler und 60 Wahlmänner gewonnen wurden. (Beifall.) Wenn in diesem Wahlkampf viele über Terrorismus der Sozialdemokratie geschrien wurde, so ist mit ein Terrorismus, der darauf hinausläuft, unhaltbare, volkssouveräne Zustände zu stützen, viel lieber, als ein Terrorismus, der bestrebt ist, solche Zustände aufrechtzuerhalten und womöglich noch zu verschlechtern. Dass gerade die im Glashaus sitzenden Konkurrenzparteien hier am leidesten waren, ist unerhort. Und wenn die freisinnige Partei mit ihrer persönlichen Denunziation der Beamten diese leichten Regelungen überließ, so kann man nur sagen: „Sut ab vor solchen Beamten, die ihrer politischen Überzeugung folgen!“ (Beifall.)

Die ganze Blockpolitik ist durchsetzt von Heuchelei. Ohne Ausrottung dieses Systems ist an eine Verbesserung unserer politischen Sitten und an wirkliche freiheitliche Erfolge nicht zu denken. Für Bülow hat ja auch diese Politik nur eingesädet, um sich die Reaktion nach Möglichkeit zu erleichtern und sich eine Weichtat gegen das demokratische Bürgerrecht zu sichern. Der beste Beweis hierfür ist ja die Tatsache, daß er die agrarische Politik des Rentenwunders weiterführt und nur die Ausbildung der demokratischen Elemente seiner Partei anstrebt. Die freisinnigen dürfen, wie das Berliner Tageblatt das vorgeschlagen, keinen Pfennig neuer Steuern bewilligen, solange die Regierung nicht die Wahlrechtsreform zugestanden hat. (Sehr richtig!) Das die von Herrn Müller-Melching inspierten Münchner R. M. dagegen einwenden, ist lächerlich.

Was unterscheidet die wichtige Politik anlangt, so ist jetzt viel die Rede vom „Einkreisen“ Deutschlands. Über diese Einführung von außen ist für unser Land weniger gefährlich als diejenige des eigenen Volkes durch die Reaktion. Wege sich das deutsche Bürgerrecht zu seiner Ehrenrettung aufzurichten und zeigen, daß es nicht gewollt ist, der Sozialdemokratie allein das Ringen um die Ermäßigung von Wahlrechten zu überlassen. (Unhaltender Beifall.)

Ludwigshafen, 18. Juni. Nach der Pfälzischen Post hat die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtags folgende Intervention eingebracht: „Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um den in den Betrieben des Verbandes bayrischer Metallindustrieller angestellten Technikern und Kaufleuten die Ausübung des Koalitionsrechts zu sichern?“

Stuttgart, 18. Juni. Laut einer Ministerialverfügung werden vom 15. Juli ab sämtliche nach Württemberg bestimmten offenen Sendungen von Briefen und Konsulspreisen deutscher und außerdeutscher Lotterien, die in Württemberg nicht zugelassen wurden, von der Befreiung durch die Post ausgeschlossen. Dies gilt auch für Sendungen, die im Reichs- oder bayrischen Postgebiet aufgegeben und an Württemberger Empfänger gerichtet sind.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Studentenstreit.

Wien, 18. Juni. Morgen sollen die Vorlesungen an der Technischen Hochschule und an der Hochschule für Bodenforschung wieder eröffnet werden. In den Studentenversammlungen wurde demgegenüber heute bereits der Beschluss gefaßt, die Wiedereröffnung der Vorlesungen unter allen Umständen zu verhindern. Die Hochschulen sollen schon früh am Morgen befreit werden, um den Zugang zu den Hörsälen nötigenfalls mit Gewalt unmöglich zu machen. Das Unterrichtsministerium gab die Weisung, bei etwaigen Ruhestörungen sofort strenge Untersuchung nach den Urhebern einzuleiten, und ebenso wird die Polizei angewiesen, gegen Demonstranten sofort auf das energischste vorzugehen. Um falls erneute Ruhestörungen soll sofort von neuem die Schließung der Hochschulen angeordnet werden.

Wien, 18. Juni. Am Schluß der gestrigen Abgeordnetenversammlung kam es zwischen den Sozialisten und dem Grafen Sternberg, der seine vorgetragene Beschimpfung der Studenten „Lausabben“ abzuschwänzen suchte, zu einem Bus am men Stoh. Professor Waltner protestierte namens der Professoren gegen diese unehrenhafte vom Präsidenten nicht gerügte Beschimpfung der Studenten. Abg. Adler (Sdg.) interpellierte namens der Sozialdemokraten den Unterrichtsminister wegen der Kaiservorworte über die Professoren und fragte, ob diese Kaiservorworte auf einer Information des Ministers beruhen oder auf Informationen von einer Seite, die nicht dazu berufen und dem Parlament nicht verantwortlich sei, und welche Schritte gelan seien, um den schlecht informierten Kaiser besser zu informieren und der Studentenschaft wie den Professoren Genugtuung zu verschaffen.

Wien, 18. Juni. Offiziell wird nunmehr bekannt gegeben, daß Professor Wahrburg zum ordentlichen Professor der selben Fakultät wie in Innsbruck an der Universität Prag mit Rechtsvorwirkung vom 1. Oktober d. J. ernannt worden ist.

Frankreich.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei

trat am vergangenen Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Dem ausführlichen Bericht der Humanits entnehmen wir folgendes: Der Parteisekretär Dubreuil erstattete seinen Tätigkeitsbericht, woraus hervorgeht, daß von der Parteileitung eine umfangreiche Propaganda auch in den entlegensten Gegenden entfaltet wird. In 700 Gemeinden war die Partei an den letzten Wahlen bestellt und nach den Berichten, die dem Parteisekretär zugegangen sind, circa 3500 sozialistische Gemeinderäte gewählt worden. Zur Diskussion über den Bericht wurde vom Genossen Bracé das Verhältnis der Partei zur Konföderation der Arbeit berichtet und die Nachgiebigkeit dieser gegenüber gefadelt. Wohl, um die in Name der anarchistischen Syndikate befindlichen Arbeiter nicht vor den Kopf zu stoßen, würde in der Humanits und auch von Jaurès den Ausschöpfungen der Syndikalisten viel zu viel Rechnung getragen. Habe doch die Nebenaktion der Humanits sogar den Syndikalisten bereitwillig Raum zur Verfügung gestellt, den diese fast ausschließlich dazu benutzt, die Partei zu vertheidigen. Der nächste Parteitag wird über dieses Verhältnis zwischen Sozialismus und Syndikalismus eine Aussprache bringen. — Der diesjährige Parteitag wird in der ersten Hälfte des Oktober in Toulouse stattfinden. Auf die Tagessitzung gelangen u. a. folgende Punkte: Die Aktion der sozialistischen Partei, Aenderung des Parteistatus, Agrarfrage. Bei dem Punkt: Internationales sozialistisches Bureau, teilt der

Genosse Boillant mit, daß die beiden französischen Delegierten den Antrag gestellt haben, auf die Tagessitzung der nationalen und kolonialen Konflikte vorzubringen. Sodann nahm die Sitzung eine vom Genossen Longuet vorgelegte Resolution an, in welcher gegen die geplanten gegenseitigen Freundschaftsabkommen zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und des Rates von Russland auf das entschieden protestiert wird. Am Ende noch Frankreich kommen sollte, daß ganzes Proletariat sich erheben und Verteilung zu bezeigen. —

Belgien.

Brüssel, 18. Juni. In der heutigen Kammer sitzen erklärte der sozialistische Abgeordnete Desirée, die letzten Wahlen hätten dargetan, daß die Regierung diskreditiert sei, und daß tatsächlich eine Minorität im Lande hinter sich habe. Dieser Sitzung entsprach bringt er folgende Tagessitzung ein: Sie sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist der Ansicht, daß in Folge der Wahlen vom 24. Mai sowie wegen des Entlasses der zur Beratung stehenden Frage müssen. Der Kabinettssitz stellte hierauf die Vorfrage. Sie für und 42 gegen die Regierung bei drei Stimmenabstimmungen. Desirée verlangt hierauf eine Auflösung der Regierung, um die Wahlen zu verhindern. Die Regierung ist

Serbien.

Demission des Kabinetts.

Belgrad, 18. Juni. Das Kabinett Paschitsch hat heute morgen um 8 Uhr vor Einführung der Stupfönta demissioniert. Die Demission wurde folgendermaßen begründet: Obgleich die Regierung über die notwendige Weisheit in der Stupfönta verfügt, unterbreitete sie ihre Demission dem König aus patriotischen Rücksichten, um in dieser ersten Zeit für die serbischen nationalen Interessen eine rasche und ehrliche Tätigkeit der Stupfönta zu ermöglichen. Paschitsch demissionierte, da die Opposition mit der schärferen Opposition drohte, falls er weiterhin am Thron bleiben sollte. Im Herbst dürfte die Stupfönta neuwährt aufgelöst werden, wobei sich ein aus den beiden radikalen Fraktionen zusammengesetztes Koalitionskabinett die Wahlen leiten wird. Die schwere Frage des Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn wollen die Oppositionsparteien vorerst ungelöst lassen und erst nach den neuen Wahlen erledigen.

Türkei.

Aus Samos.

Auf Samos ist die Ruhe wieder hergestellt, und die Pforte kündigt die Überführung ihrer Truppen an, deren Unwesenheit nach dem Londoner Protokoll nicht länger zulässig ist. Gestern ging, wie aus Konstantinopel telegraphisch gemeldet wird, den Dotschatten eine Mitteilung der Pforte zu, daß die Wahlen vor sich gegangen und die Urheber der Aufhebungen den Gerichten überstellt worden seien. Der Senatspräsident Sofus und seine Genossen, die ihrer Mandate verlustig erklärt worden, würden gerichtlich verfolgt, weil sie Befehl gegeben hatten, auf die Truppen zu schielen. Die Pforte fügt hinzu, daß die nach Samos geschickten Truppen die Insel verlassen würden. Zwei Schiffe würden noch dort bleiben. Nach griechischen Meldungen haben die vorgetragenen Wahlen eine weitauß überwiegende Mehrheit der antisouveränen Partei ergeben. Das Kanonenboot Warmaia soll als Stationsschiff in Samos bleiben.

Rußland.

Eine neue Ära Bobrikow.

Die Monarchenzusammenkunft in Revel und die leidenschaftlichen Blotzen- und Militärdebatoren in der Duma haben eine Frage in den Hintergrund gerückt, die von der größten politischen Tragweite sein dürfte. Vor einigen Tagen wurde das Protokoll des Ministerrats über die Behandlung finnlandscher Angelegenheiten veröffentlicht, deren Anhalt die geheime Befürchtungen hinsichtlich der Selbständigkeit Finnlands rechtfertigt und den Anbruch einer neuen Ära Bobrikow zur Gewissheit macht.

Bobrikow läudigte bereits bei der Erörterung der Finnlands-Interpellationen in der Duma an, daß die gegenwärtigen Beziehungen Finnlands und des Reiches in der nächsten Zukunft geregelt werden würden. Seinen damals war aus den Nieden des Ministerpräsidenten und seiner neuen Gesellschaft, der Ostrosten, ersichtlich, daß ein entscheidender Coup gegen die finnlandsche Autonomie geplant wurde. Daß er aber von so tief einfließender Wirkung sein würde, daran glaubten selbst die geschäftigen Politiker nicht. Wie aus dem Protokoll des Ministerrats hervorgeht, sollen fast alle finnlandschen Angelegenheiten nicht wie bisher durch den finnlandschen Minister-Sstaatssekretär direkt dem Zaren berichtet, sondern vorerst vom russischen Ministeriate geprüft werden. Der Ministerrat gewinnt von nun an das Recht, sowohl Landtag, wie Administrativ-Gesetzesentwürfe, Petitionen und Vorlagen des Landtags und des Senats zu prüfen und sein Gutachten darüber zu fällen. Er bleibt zwar der Form nach ein beratendes Organ, in Wirklichkeit jedoch gewinnt er das Recht, gegen alle Beschlüsse des finnlandschen Landtags Einspruch zu erheben. Das bedeutet ex facto die Aufhebung der finnlandschen Autonomie und die Ausbreitung der Macht der russischen Regierung auf die inneren finnlandschen Angelegenheiten.

Doch das finnlandsche Volk diese brutale Verlegung seiner hergebrachten Rechte und die offenkundige Rücksicht auf Russischen Gewaltpolitik nicht ruhig hinnehmen wird, versteht sich von selbst. Selbst das Organ der konserватiven russischen Partei Unsi Siomebar, begeistert das Vorgehen der russischen Regierung als einen Bruch der Verfassung. „Die Grundgesetze“ — so schreibt das Blatt — „verlangen, daß das Land nur mit Hilfe einheimischer Behörden regiert werden soll und getötet somit nur finnlandsche Behörden, öffentliche Macht in finnlandschen Angelegenheiten ausüben.“ Weit energischer duldet sich natürlich die jungenfinnischen und sozialdemokratischen Blätter aus. Es herrscht allgemein die Überzeugung, daß die bevorstehenden Landtagswahlen und der neue Landtag die Antwort auf die Schänden der Zarenregierung ertheilen werden.

Das manhafteste Auftreten der bürgerlichen Demokratie in Finnland hebt sich vornehmlich ab von der kläglichen Haltung, die die „möglichen“ Politiker der Radikalenpartei eingenommen haben. So weint die Mensch, daß man „vor einer vollen Wiederkehr zum Manifest vom 16. Februar 1809, welche die finnlandsche Konstitution aufhob, nicht frechen könne“, daß es leicht möglich sei, daß der „gemäßigte“ Teil der finnlandschen Politiker sich mit dem Februar-Mahneme noch austönen werde“, daß aber dem Radikalbewußtsein des „kleinen Volkes“ eine „schwere Prüfung“ auferlegt werde. Daraus sei es notwendig, daß die russischen Staatsmänner Solt machen und jeden zweiten Schrift sorgfältig erwidern. Das ist alles, was die Führer des russischen Liberalismus angeht des jüngsten Verfassungsabdrucks und des Anbruchs einer neuen Ära Bobrikow zu sagen vermöchten.

Morocco.

Paris, 18. Juni. Aus Tanger wird dem *Scout* gemeldet, daß die Notabeln der verschiedenen Stämme um Tanger vorgestern und gestern nach eingehende Verstreiche miteinander gespielt haben, die sich um die Proklamation Muhamads zum Sultan drehten. In Tanger selbst macht sich schon eine neue politische Orientierung der europäischen Mächte bemerkbar.

Tanger, 18. Juni. Aus Tanger kommt die Nachricht, daß Muhamad gestern zum Sultan ausgerufen worden ist.

Casablanca, 18. Juni. Die erste Sitzung des Entschließungsausschusses für die Plünderung von Casablanca hat gestern stattgefunden.

Amerika.

New York, 19. Juni. Achthundert Marinesoldaten sind nach Panama unterwegs, angeblich um Unruhen bei den bevorstehenden Wahlen zu verhindern.

Sozialpolitisches aus Rußland.

Während der letzten zwei Monate wurden einige Regierungsverträge zur Arbeitsteilung unter Ausbluff der Öffentlichkeit in einer Kommission geprüft, die aus Vertretern der Regierung und der einflussreichsten Unternehmensorganisationen bestand. Die Vertreter, die einerseits zwischen den Vertretern der Regierung und den Unternehmen und andererseits zwischen den Vertretern der einzelnen Ministerien ausgetragen, führten schließlich dazu, daß die Kommissionssitzungen laut Befehl des Ministers plötzlich eingestellt wurden, ohne daß selbst die Prüfung des Projekts der obligatorischen Krankenversicherung zu Ende geführt wurde.

Die Nachrichten, die über diese Beratungen in die Presse drangen, waren nichts weniger als geeignet, die geprägte „Arbeitsfreundlichkeit“ der Regierung und der Unternehmer in ein günstiges Licht zu sehen. Sie kompromittierten im Gegenteil beide Seiten beträchtlich, daß die Einstellung der Beratungen vollkommen begreiflich erschien.

Die Vertreter der Regierung beschuldigten die Unternehmer des größten Eigentums und die wiederum hielten mit Beschuldigungen nicht zurück, daß die Regierung mit ihren Gesetzesprojekten ein demagogisches Spiel treibe. Die Geister plagten besonders heftig aneinander, als die Vertreter des Ministeriums des Innern verlangten, daß die geplanten Institutionen (Versicherungskästen,

Krankenkassen usw.) unter die Leitung des Polizeidepartements gestellt würden.

Die heftigen Kämpfe innerhalb der Kommission fanden Bildhalle in der offiziellen und offiziösen Presse. Das Organ des Finanzministeriums, die Handels- und Industriezeitung, griff das Zentralorgan der Unternehmerorganisation auf das heftigste an, und das Zeitblatt Stolpinski, *Nekro*, polemisierte gegen das Organ des Moskauer Kapitalmagazins, *Golos Moskwy*. Die guten Freunde von gestern lagen sich plötzlich in den Haaren. Die Arbeiterschaft erwies sich als eine harte Rute, die Gegenstände seitens der Regierung und der Unternehmer verlangte.

Dazu waren aber weder die einen noch die anderen bereit. Der Befehl des Polizeidepartments, Charlamow, schied die Gefahren, die die Selbstverwaltung der Krankenkassen mit sich bringen würden, mit den dünnen Farben, und die Rofina gab sich plötzlich Befreiungen hin, ob eine weitgehende Sozialpolitik in einem Lande mit einer „unstabilen“ Bevölkerung überhaupt möglich sei. Die Unternehmer dagegen forderten höchstens in einem fort, daß die „liberalen“ Maßnahmen die Regierung vollkommen unmöglich seien, weil sich die Arbeiterschaft ohnehin beruhigt hätten. Als es aber galt, die Regierungslager zum Fall zu bringen und liberale Vorhaben — die ohne nichts kosteten — zu erringen, traten sie den Anforderungen des Polizeidepartments energisch entgegen und verteidigten — die Autonomie der Krankenkassen.

Der Charakteristikk dieser plötzlichen Fürsprecher einer demokratischen Reform ist von Interesse, hinzuzufügen, wie sich die Unternehmer vor den Kommissionssitzungen über die Selbstverwaltung der Krankenkassen äußerten. Vor einigen Monaten gab der Konsul der Kongresse der südrussischen Montanindustrien die Protokülen des Artikels A. Wegner: „Neben der Arbeiterversicherung in Deutschland heraus, die von der Petersburger Fabrikantenfirma ausmal herausgegeben und in zahlreichen Exemplaren an die Mitglieder verteilt wurden. In diesem Schriftstück, das im Sitz des deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschrieben ist, leistet der Autor folgende liebliche Anklage:

„Es ist klar, daß, wenn auch nicht alle, so doch viele Krankenfassen (in Deutschland) neben der ökonomischen Rolle, zu der allein sie ihr Leben nach berufen sind, ebenfalls einen politischen Charakter angenommen haben. Es ist z. B. bekannt, welche Rolle die Krankenfassen bei der Erklärung irgend eines großen Streits in einer großen Gruppe von Betrieben spielen: alle Streitfälle, die einen Husten oder Schnupfen, einen kalten Kahn usw. als Vorwand aufweisen können, beilegen sich, ein Stoffenbilliet zu erlangen und finden in der Krankenfasse freundliche Aufnahme während der ganzen Dauer des Streits.“

Das Zeitblatt Stolpinski, das fürsichtig von diesen Ausführungen Notiz nahm, deutete sich ihnen voll und ganz anzuhören und hinzufügte, daß die Krankenfassen jetzt eine „Waffe des sozialistischen Kampfes“ waren. Die gesuchte Harmonie zwischen Regierung und Kapital ist also glücklich hergestellt. Die mit so grossem Pomp eingefeierte „Ära der Sozialpolitik“ wird sich ihrer Schopfer würdig zeigen.

Parteiangelegenheiten.

Die Gründung des Pressbüros

ist für den 15. Juli in Aussicht genommen. Mit der Leitung des Büros wurde durch Beschluss des Beirats und des Parteivorstandes der Genossen Emil G. Ichor betraut. Gemäß dem Beschluss des Essener Parteitags wird die Parteiroberpost von dem neuen Institut herausgegeben. Sie erscheint vom 1. Juli ab nur noch vierzehntägig. Die Redakteure der Parteiroberpost arbeiten im Pressbüro mit. Untergebracht wird das Büro im Hause Lindenstr. 69.

Redakteurfreuden.

Das Centralgefängnis in Bülow bezog am Dienstag der Genossen Kühn von der Mecklenburger Polizei. Die Rostoder Straßammer verurteilte Kühn am 30. November v. J. wegen Bekämpfung des Regenten von Braunschweig zu sechs Monaten Gefängnis. Es handelte sich um zwei Artikel, die anlässlich der Regierungswahl erschienen waren.

Neues aus aller Welt.

Der verschwundene „Diamantenhäher“.

Paris, 18. Juni. Von Lemoiné hat man bis jetzt keine Spur gefunden. Man nimmt an, daß er sich noch in Paris oder in der Umgebung aufhält. Seine Frau, die noch in der Rue Vigée wohnt, behauptet, nichts von der Angelegenheit zu wissen und selbst durch die Reise ihres Mannes überalltolden zu sein. Wenn der ungewöhnliche Ausgang der ganzen Angelegenheit mehr Lachen als Vergnügen bereitet, so gibt es doch Lüste, die das Verfahren des Untersuchungsrichters Le Docteur in der Angelegenheit Lemoiné schärf jodeln. Das Journal weiß darauf hin, daß noch am Dienstag abend Le Docteur zu einigen Journalisten außerordentlich geschnitten habe. Lemoiné werde zwar seine Diamanten zur Stelle bringen, er werde aber jedenfalls Mittwoch erscheinen. Auch der Figaro geht mit dem Untersuchungsrichter sehr ernst und wirkt ihm vor, durch sein widerstreitendes Vor gehen die Angelegenheit vernichtet zu haben. Der englische Milliardär Sir Werner hat am wenigsten Ursache, mit dem Ausgang der Angelegenheit zufrieden zu sein. Er hat sein Geld verloren und wird dazu noch ausgelöscht. Während in allen Zeitungen das naive Vertrauen an dem Bluff des Diamantenhäthers zum Ausdruck kommt, findet man es ein wenig phänomenal, daß der Honourable Werner nicht in das allgemeine Lachen einstimmt, daß die Verleugnung des Regenten zum Diamantenhäher hervortreffe.

Berlin, 18. Juni. Die 8. Strafkammer des Landgerichts I verurteilte heute den Dr. phil. Riedel wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Jahren und wegen Verleitung zum Wein in einem Kolle zu 4 Jahren Jugendstrafe und 10 Jahren Ehrenstrafenverlust. Wegen Verführung minderjähriger Mädchen wurde auf Freispruch erkannt, da einmal die Verführung nicht festgestellt, im anderen Falle ein Strafantrag der Eltern nicht vorlag. Bei der Strafumsetzung wurde, wie der Vorsitzende bemerkte, die große Gemeinfähigkeit des Treibens des Angeklagten in Betracht gezogen. Der Angeklagte habe weder Gesundheit noch Leben der Mädchen geschont, er könnte daher bei der Strafumsetzung auch auf Schonung keinen Anspruch erheben.

Berlin, 19. Juni. Die Morgenblätter melden wiederum schwere Unwetter schäden und vielen Gebäuden Deutschlands. In Danzig entlud sich ein schwerer Gewitter mit Hagelsturm. Der Blitz zündete u. a. in einem großen Baderhaus an der Weichsel. Tausend Sachen verbrannten. Mehrere ungewöhnlich schwere Gewitter gingen in Unterlebogenbogen nieder. Eine größere Anzahl Schäden und Wohnhäuser wurde eingestürzt. Viel Vieh auf der Weide wurde durch Hagelsturm getötet. In verschiedenen Teilen des Württembergischen verbrannten Gebäude eine ganze Anzahl schwerer Unfälle. In Rheinhessen verbrannte das Hagelwetter der letzten Tage mehr als zwei Millionen Mark Schäden, die nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt sind.

Berlin, 18. Juni. Im Hause Behnstraße 50 geriet ein Zimmer in Brand, weil die dort wohnende Arbeitersfrau den Spiritusloch umgeworfen hatte. Die Flammen brannten sofort lichterloh; auch die Kleider der Frau, die ihr Kind auf dem Arm trug, wurden vom Feuer ergreift. In ihrer Angst fügte die Brennende auf die Stufen, dabei ließ sie das Kind im Zimmer fallen. Durch den Eingriff der Feuerwehr wurde der Brand sehr bald gelöscht. Mutter und Kind haben schwere Brandwunden erhalten. Das Kind ist außerdem noch durch den Fall am Kopf nicht unbedenklich verletzt.

Wilhelmshaven, 19. Juni. In der Hafenskalerei ist heute ein Brand ausgebrochen, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Eine Menge Montierungsstäbe wurde vernichtet. — Beim Bau der neuen Torpedolader in einer Gemeinde eingelangt, wobei zwei Personen starben, eine leicht verletzt wurde.

Dortmund, 18. J. ai. Auf Recke Germania verunglückten drei Bergleute tödlich. Zwei starben in den Schacht, einer wurde durch Steinwaffen erschlagen.

Marburg, 18. Juni. In Frankenberg an der Eder entstanden zwei neunjährige Knaben beim Baden.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Der Lieutenant Tessmar vom 23. Artillerieregiment in Koblenz hatte im Frühjahr mit einem von ihm gesteuerten Automobil in Griechenland den Kämpfer Alexander Gies aus Griechenland, der auf seinem Fahrzeug lag, angeliefert. Der Kämpfer starb mit dem Auto und blieb bewußtlos liegen. Die inneren Verletzungen, die er durch den Fall erlitten, haben ihn vollständig erwerksunfähig gemacht. Das Amtsgericht, vor dem sich der Lieutenant heute in verantwortung stellte, verurteilte den Angeklagten zu 600 M. Geldstrafe.

Paris, 18. Juni. In Valence starb eine Frau in einem Wahnfanfall ihres Kindes eines 21 Meter hohen Abhang hinab. Glücklicherweise fielen die Körper der Kinder in ein Gebüsch, wodurch sie im Fallen gehammt wurden. Alle drei erlitten schwere Verletzungen, befinden sich jedoch außer Lebensgefahr.

Brüssel, 18. Juni. Die belgische Polizei verhaftete heute einen Hochstapler, der unter dem Namen eines Barons de Slim einen Lütticher Großkaufmann 175.000 Franc abschwindete. Die Verhaftung des Hochstaplers, dessen wirklicher Name Simorius ist, erfolgte, als er gerade eine große Gelehrsamkeit zu einer Feierlichkeit um sich versammelt hatte. Mit ihm wurden zwei Zwischenhändler verhaftet, die an den Machenschaften Simorius beteiligt waren.

Dresden Polizeibericht vom 19. Juni.

Gestern früh wurde in das Johannistädter Krankenhaus von Spaziergängern ein Mädchen mit der Anzeige eingeliefert, daß es kurz vorher im Karolathaus eine Tochter der Kinder in ein Gebüsch, wodurch sie im Fallen gehammt wurden. Alle drei erlitten schwere Verletzungen, befinden sich jedoch außer Lebensgefahr.

Borsigheim wurde auf der Annenstraße ein bei einem Hausbau eingeschalteter Arbeiter von einem herunterfallenden, ziemlich schweren Stein ünglücklich getroffen, daß er, am Rücken und Oberarmen schwer verletzt, mittels Untfallwagen nach dem Friedensstädter Krankenhaus gebracht werden mußte.

Am Dienstag wurde auf der Annenstraße ein bei einem Hausbau eingeschalteter Arbeiter von einem herunterfallenden, ziemlich schweren Stein ünglücklich getroffen, daß er, am Rücken und Oberarmen schwer verletzt, mittels Untfallwagen nach dem Friedensstädter Krankenhaus gebracht werden mußte.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 20. Juni 1908:
Lebhafte westliche Winde; zunehmende Bewölkung; Rückgang des Temperaturen; zeitweise Regen.

Wetterbericht von der Wetterhäuse an der Augustusbrücke am 19. Juni mittags 12 Uhr.

Barometer: 702. Veränderlich.

Thermometer: +26° R.

Thermometrogauge: Min. +19, Maxim. +25.

Hgrometer: 63%.

Wetterklang: -150.

Wetterwärme: +20 Grad.

Letzte Telegramme.

Die großen Steuerquellen.

Frankfurt, 19. Juni. Wie der Frankf. Zug. aus Berlin gemeldet wird, unterliegt es seinem Zweifel, daß der Gegenstand des Vertrags, den der Reichskanzler und der Staatssekretär Sydow gestern dem Kaiser überreichten, die Reichsfinanzreform war, und daß allgemein angenommen wird, daß das Gesetz und — was die Hauptfrage ist — die damit zusammenhängenden neuen Steuervorschläge in ihren Grundzügen nummehr entworfen sind und daß das preußische Staatsministerium darüber Besluß gefaßt hat. Anfang Juli oder auch vielleicht schon Ende dieses Monats werden über das Grundzüge des Entwurfs in Berlin Versprechungen mit den Finanzministern des Bundesstaaten stattfinden. Dann wird der Entwurf im einzelnen fertiggestellt werden, um nach den Sommerferien des Bundesrat zu beschließen. Es besteht die Absicht, wie der Korrespondent des genannten Blattes erfuhr, sich nicht mit Kleinheiten abzugeben, sondern einige große Steuerquellen in Angriff zu nehmen; Beamtewien Bier und Tabak aber reichen nicht aus.

Zeppelin Aufstieg.

Friedrichshafen, 19. Juni. Der Aufstieg des Grafen Zeppelin mit seinem lebenslangen Luftschiff ist endgültig auf Sonnabend mittags 12 Uhr festgesetzt worden. Es findet eine 2½stündige Fahrt von Friedrichshafen nach Mainz und zurück statt.

Ustebauer.

Poznan, 19. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den Waldarbeiter Fritz Kogol aus Alsfeldendorf, der am 28. Mai in der Alsfeldendorfer Heide den jungen Talmälener ermodete und verbrachte, zum Tode.

Gefäßmord eines Feldwebels.

IV. Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag den 21. Juni, nachmittags 3½ Uhr

Erstes Kreis-Sommerfest

in sämtlichen festlich dekorierten Lokalitäten des Etablissements **Linckesches Bad**, Schillerstrasse.

Festzug mit Musik-Begleitung.

Sammelpunkt: **Nachm. 2½ Uhr** auf dem **Moritzburger Platz**, Vorstadt Pieschen.

Der Festzug bewegt sich unter Begleitung von **zwei starken Musikchören** in **geschlossener Formation** durch: List-, Fritz-Reuter-, Friedens-, Lössnitz-, Luisen- und Priessnitzstrasse nach dem Festplatz Linckesches Bad.

Der Festplatz bleibt bis zum Eintreffen des Festzuges geschlossen.

Darbietungen auf dem Festplatz:

Instrumental- und Vokal-Konzert. ★

Ausführende: Mitglieder des Zentralverbandes der Zivilberufsmusiker und der Männer-Gesangverein „Liederhalle“.

Turnerische Aufführungen, Gabenlotterie, Pfefferkuchen-Verlosung, Preisschiessen, Ringwerfen, Kinderspiel, Lampionzug, Illumination u. Feuerwerk.

Karten à 10 Pf. sind noch zu entnehmen bei allen Vorstandsmitgliedern und den Beitragskassierern.

Alle Genossinnen und Genossen nebst Angehörigen sowie die organisierte Arbeiterschaft des 4. Reichstagswahlkreises laden zu zahlreicher Beteiligung am Festzuge und am Feste selbst ein.

Der Vorstand des Soz. Vereins für den 4. Wahlkreis.

Die Ordner zum Festzuge haben sich Sonntag früh 7 Uhr im Linckeschen Bade zur Entgegnahme der Binden u. Instruktion einzufinden.

Sozialdem. Verein Sommerfest Dresden-Altstadt.

Sonntag den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr, im grossen Konzertgarten des Bergkellers, Bergstrasse

Sommerfest

bestehend in **Konzert, Gabenverlosung usw.**

Karten à 10 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern und sämtlichen Bezirkskassierern zu haben.

Zahlreichen Besuch der Mitglieder und ihrer Angehörigen wünscht

Der Vorstand.

Gewerkschaften der sämtlichen Lößnitz-Ortschaften

Drittes Gewerkschafts-Fest

Sonntag den 5. Juli 1908

Börners Gathof in Zitzschewig

Fest-Ordnung: Nachmittags Punkt 3 Uhr Festzug mit Musikbegleitung vom Gold. Hunker in Kötzschenbroda nach dem Gathof Zitzschewig. Auf dem Festplatz: Instrumental- und Gesangs-Konzert sowie Tanz. Ausführende: Lößnitz-Kapelle (Dir. Krumbholz), M.-S.-V. Morgenrot und Frohe Sänger. Verlosung von künstlerischem Wandtuchmuck, Volks- und Jugenddrärrten, gedlegtem Spielzeug und Gebrauchs-Gegenständen. Preis- und Prämienziehung. Kasperletheater. Abends: Lampionzug und Feuerwerk.

Karten sind bei allen Vertrauensleuten und Zeitungsredigern der Gewerkschaften und Partei zu haben.

Das Ferkomitee.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. ländlichen Reichstagswahlkreis.

Bezirk-Sekretariat: Kötzschenbroda, Postamt, Friedberger Straße 77 G. I.

Wochenzeit: Montagabend von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Gruppe Gorbitz-Pesterwitz-Altsfranken.

Freitag den 19. Juni, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung in Hoffmanns Restaurant in Niedergorbitz. Tagesordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandsbürgung. 2. Neuwahl der Gruppenverwaltung. 3. Bericht der Gemeindevertreter. 4. Vereinsangelegenheiten. Im Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird zum zahlreiches Ertheilen der Mitglieder erfreut.

Die Verwaltung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Dresden-Neustadt.

Sonntag den 21. Juni 1908, vormittags 11 Uhr

Haupt-Versammlung

im Restaurant Michel, Schönbrunnstraße.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Ressortbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Allgemeine Räthen-Angelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Talschenke Neuburgk

10 Minuten von der Eisenbahnhaltestelle Gittersee.
Ständig gelegenes Getrenn-Material.
Gute häusliche Versorgung.
Emil Hillitz.

Bezirk Kötitz-Coswig

Sonnabend den 20. Juni, abends 8½ Uhr

General-Versammlung

im Gathof zu Coswig (obere Saalstube)

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Bezirkverwaltung.
2. Bericht des Gemeindevertreter.
3. Antwort auf die Broschüre des Nordmarkers Fischer.
4. Gewerkschaftsfest.
5. Sommerparty.

Das Ertheilen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Jungs Leute über 18 Jahre haben Recht, falls sie vor Beginn der Versammlung ihren Besitz erklären.

Die Bezirkverwaltung.

Soz. Verein des 6. Reichst.-Wahlkr.

Sonntag den 21. Juni, nachm. 3 Uhr

Grosses Sommer-Fest

in Balkes Gasthof zu Gittersee.

Darbietungen: Schweins-Prämien-Vogelschiessen, Preis-schiessen, Ringwerfen, Gabenlosung, Pfefferkuchen-Verlosung, Luftschankel und Belustigungen für gross und klein. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Verwaltung.

Skatverein Leuben u. Umgegend

Sonntag den 21. Juni

Wanderabend beim Skatbruder Berthold

verbunden mit Skatturnier, in Dresden-Striesen, Spittelstr.

Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Richard Schwarz, Trachau, Veteranstr. 2

liefert Möbel aus eigenen Werkstätten. Ausstattung von 250 M. an. Sofas 48, Matratzen 20, Stühlen 12, Schränke 24, Truhen 30 M.

Verantwortlich für den reaktionellen Zell.

Robert Groß, Dresden.

Verantwortlich für den Infanterie.

Reinhild Giebel, Dresden.

Stand und Berlin: Rader & Sonn. Dresden.

Parteigenossen

der Bezirke Pieschen, Mickten, Trachenberge.

Sonntag den 21. Juni 1908 rechtzeitig und zahlreich auf dem Moritzburger Platz zum Festzug stellen.

Sparverein zur Frohen Schießt, Gottschappel.

Sonntag den 21. Juni Sommerfest verbunden mit Schießt, Prämien-Vogelschiessen und anderen Belustigungen.

Die lohet ergebnist ein.

Der Vorstand.

Gegner zu einer reaktionären Masse verhindert. Aus diesem Grunde waren die Wahlrechtsreformer im Kaufmannverein auch bereit, ihre Eingabe wieder zurückzuziehen. Auch im Kollegium, wo früher wenigstens die Unrash-Gruppe für die Petition eingetreten war, hatte man nun kein Interesse an der Sache mehr. Man hätte die ganze Geschichte einfach verdeckt und im Sande der Ausschüsse verlaufen lassen, wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion gegen die Verschleppung ins unendliche protestiert und die Beratung ihres Antrags gefordert hätte.

Nachdem sich nun die Situation bei den Wahlen in der erwähnten Weise geändert und die sozialdemokratische Gefahr in der Wählerklasse D gebannt schien, wollte man die Sache wenigstens, da ein einfaches Absticken an dem sozialdemokratischen Protest gescheitert war, wenigstens so schnell wie möglich erledigen. Durch diese Rechnung wurde aber von sozialdemokratischer Seite ein Stich gemacht. Die drei Berichterstatter der Ausschüsse waren allerdings mit einigen recht nichtssagenden Bemerkungen fertig, nur Dr. Thiemann gab sich etwas Mühe, die Eingaben zu behandeln. Am übrigen hing man ein kurzes Lied von einem neuen Wahlrecht, das sich bisher bewährt habe und das noch besser erprobt werden müsse. Dass die Arbeiter durch dieses Klassensystem entrichtet werden, dass ein Häuslein Industrieller und Großbauern mehr Vertreter hat wie 13 000 Arbeiter, das löst die Herren gleichgültig. Das ist es ja gerade, was sie schon an dem Wahlrecht finden. Die Arbeiterschaft soll ja minderen Recht erlangt werden, angeblich deshalb, um die sozialdemokratische Gefahr einzudämmen.

Das alles wurde den Herren auch in vor trefflicher Weise von dem Genossen Uhlig vorgehalten, der die Entziehung der Arbeiterschaft kennzeichnete und dabei auch die Eingaben abfertigte, in denen von einer Vertretung die Rede war, die in einem angemessenen Verhältnis zur Wählerchaft stehen müsse. Die unverhältnismäßige Benachteiligung der Arbeiterschaft spreche aber auch dagegen, dass man, wie ein Berichterstatter betont habe, Industrie und Gewerbe eine angemessene Vertretung sichern müsse. Wollte man das, müsse vor allem der Arbeiterschaft mehr Einfluss geschenkt werden. Durch dieserede wurde eine kurze Debatte hervorgerufen, in der die Herren Dr. Hödel und Dr. Stresemann die Aufrechterhaltung des jetzigen Wahlrechts vertraten, bei welcher Gelegenheit der letztere Herr einen großen Wortschatz steigen ließ, worin der etwas geschwollene Herr entschieden Meister ist. Danach ging nun die Beratung der Eingaben vor sich. Man beschloss sie abzulösen und die Gegenbeschwerden auf sich beruhen zu lassen.

Nun folgte die Verhandlung über den sozialdemokratischen Antrag. Genosse Krüger begründete ihn in längerer Rede, worin er unter andern betonte, dass durch dieses Verfassungsrecht auch die Reformer hätten sollen um ihre Machtposition gebracht werden. Das war den Herren Antisemiten sichtlich unangenehm. Ferner kennzeichnete der sozialdemokratische Redner, dem ein überreiches Material zur Verfügung stand, verschiedene Ausschüsse der Hauptmacher bei der Wahlentziehung, insbesondere solche des Oberbürgermeisters. Dadurch wurde die Stimmung im gegnerischen Lager, wo man es unangenehm fand, einen solchen Spiegel vorgehalten zu bekommen, immer nervöser. Zwischenrufe wurden laut, man versuchte auch das alte Mittel der lauten Unterhaltung, um den Redner zu stören. Es wollte aber nicht recht verfangen. Die Reversität übertrug sich aber auch auf den Vorsitzenden Dr. Stöckel, der diesmal aus seiner Objektivität fiel und den Genossen Krüger unmotiviert mehrmals unterbrach und mit Maßregelungen drohte, wenn er noch mehr Ausführungen verschiedener Herren vorbringe. Damit erinnerte der Justizrat auf dem Vorsitzeswohl den Beifall der Gegner, aber es konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Unterbrechungen unrechtmäßig waren. Selbst im sächsischen Dreiklassenlandtag wäre in diesem Falle sich keine Unterbrechungen erfolgt, denn Genosse Krüger blieb bei der Sache, seine Darlegungen betrafen nur die Wahlrechtsänderung. Der Redner wöhnte sich mit Unterstützung seiner Parteifreunde so gut es ging gegen die Unterbrechungen, ließ sich aber im übrigen nicht irre machen und endete schließlich mit einer Empfehlung des sozialdemokratischen Antrags.

Bei diesem Antrage zeigte sich noch deutlicher das Bemühen, die unbedeute Sache abzutun. Die bürgerlichen Gruppen beschränkten sich auf ein paar kurze Erklärungen und sagten dann die Wahlrechtsfrage durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags ein.

Eine kleine Exzitator erlaubte sich noch der freimaurige Redner. Er erklärte zwar, für den Antrag stimmen zu wollen und tat es auch, bemerkte dazu aber, der Antrag bedeute eine Verleugnung des sozialdemokratischen Prinzips. Damit wollte der Herr jagen, die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten das Wahlrecht für alle Einwohner, sowie auch für die Frauen fordern müssen. Dabei hatte er aber übersiehen, dass sich die Sozialdemokraten bei ihrer Wahlrechtsforderung im Stadtverordnetenrat an die landesgesetzlichen Schranken halten müssen, die das Frauenwahlrecht und die Wahl für alle Einwohner ohne Rücksicht auf das Bürgerrecht nicht zulassen.

Bemerkenswert aus den gestrigen Verhandlungen ist noch die Art, wie man bei den Wahlen der Vertreter für den Deutschen Städtestag in München die sozialdemokratische Partei von der Delegation ausschloss. Anfangs war, wie schon früher berichtet, vom Wahlauschuss auf sozialdemokratischen Vorschlag hin auch der Genosse Fleischner neben zwei Bürgerlichen vorgeschlagen worden. Dieser Vorschlag wurde aber auf Antrag Unrash als ungemündig in einer früheren Sitzung zurückgewiesen. Daraufhin hat der Wahlauschuss es auch fertig gebracht, sich selbst zu beschließen. Er hat zwar die Form nach die ersten Vorschläge aufrecht erhalten, aber noch vier andere Herren vorgeschlagen. Nun zeigte sich gestern, dass die ganze Aktion von Unrash nur in Szene gesetzt worden war, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern. Genosse Fleischner erhielt nur die sozialdemokratischen Stimmen, während die Herren Dittmann, Dr. Stöckel und Wendisch gewählt wurde. Der letztere musste allerdings erst ausgelnobelt werden, weil er in einem zweiten Wahlgange genau so viel Stimmen erhalten hatte wie der Landgerichtsdirektor Hettner. Das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit bei dieser Wahl kennzeichnet diese sehr deutlich. Es ist dies dieselbe Brüderlichkeit der Arbeitervertreter, ja der Arbeiterschaft selbst, wie sie bisher schon bei den Ausschusswahlen zu beobachten war.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände waren minderer Bedeutung. Näheres darüber erscheint unsere Leser aus dem Berichte über die gestrige Sitzung.

Soldaten-Erzieher.

Vor dem Kreisgericht der 23. Division spielte sich gestern abermals ein grösster Soldatenmisshandlungsprozess ab. Die Anklage enthielt sechs Fälle von Misshandlungen und vorschriftswidrigen Behandlungen sowie eine Anzahl Bekleidungen.

Die 11. Kompanie des 101. Grenadier-Regiments zählte unter ihrem Bestande zwei sogenannte Schmerzenkinder, die

einen beschränkten und langsamem Grenadiere Weber und Treslow, zur Korporalschaft des Unteroffiziers E. Bernhardt gehörig. Bemerkt sei, dass Treslows Vater als Offizier gedient hat. Diese beiden Soldaten bildeten die Objekte der Misshandlungen, auf sie entlud sich die „Erregtheit“ des Unteroffiziers. Eines Tages geriet auf dem Schlafstand durch irgendeinen Umstand etwas Sand in den Gewehrlauf Webers. Erst am anderen Tage, gelegentlich des Schlechtes, bemerkte der Soldat den Sand in seiner Flinte und öffnete zur Reinigung die Gewehrlammer. Der Unteroffizier Bernhardt wurde auf diese Manipulation aufmerksam, ergriff das Gewehr und untersuchte es. Beim Zurückgeben stieß er den Soldaten mit der Mündung vor die Brust. Der Misshandelte bemerkte später eine rote Stelle an seiner Brust und hatte Schmerzen beim Atmen. Am anderen Tage begab er sich in ärztliche Behandlung. Der Arzt fragte ihn, ob er beim Vorsortieren einen Stoß erhalten habe. Weber musste nun mehr mit der Wahrheit herausrücken, wodurch die Sache zur Anzeige gelangte. Bei einer anderen Gelegenheit war Weber das Objekt einer intensiven Reinigungsprozedur. Da er, wie schon erwähnt, etwas langsam war, wurde er oft mit seinen dienstlichen Obliegenheiten etwas stärker fertig als die übrigen Kameraden. Eines Tages konnte er sich wegen dieser Umstände und weil er angeblich aufgesprungene Hände hatte, nicht richtig waschen. Der Unteroffizier Bernhardt bemerkte beim Auftreten einen kleinen Schnupfen an seinem Ohr und gab seiner Korporalschaft den Befehl, Weber einmal zu waschen. Im Waschraum musste sich der Soldat seiner Kleider entledigen und die gesamte Korporalschaft gab sich mit großer Intensität unter Benutzung von Bürsten (!) dem Gesicht des Reinemachers hin. Die Haut Webers lief bei dieser Gelegenheit rot an; auf Verstrogen erklärte er, dass die Prozedur „etwas“ schmerhaft gewesen sei. Als einst die Korporalschaft zum Besuch eines Theaters angetreten war, konnte Weber nicht schnell genug Rock und Hose anziehen. Der Unteroffizier fasste ihn beim Genick und drehte ihn gewaltsam um. „Wenn ich nicht aufgezogen hätte, wäre ich mit dem Gesicht auf die Tischplatte gefallen“, erklärte Weber. Als Bernhardt ihm den Stoß mit dem Gewehr versetzte, nannte er ihn „verfluchter Lausejunge!“ Die anderen, den Grenadier Treslow betreffenden Fälle sind „leichterer“ Natur. Gelegentlich einer Stubenreinigung bemerkte Bernhardt einen Rosstiel an Treslows Scheuereltern. Er gab ihm einen Stoß oder Schlag ins Genick, dass der Soldat über den Elmer gebeugt wurde. Als einst der Unteroffizier einen fremden Gegenstand von geringem Wert bei ihm vorfand, sah er ihn mit den Worten: „Sie haben gestohlen!“ beim Genick, stieß ihn in der Stube herum und zog gegen einen Schrank. Nach einer Schiebzündigung kam Treslow nicht schnell genug aus der Stube; Bernhardt packte ihn mit den Worten: „Hund, mach das du heraus kommst!“ beim Arzten und stieß ihn gegen einen Tisch. Als er einmal von einer Kapitulation Treslows hörte, wollte er ihn „auf seinen Beistellzustand untersuchen lassen“. Der Angeklagte gab bei der Verhandlung an, dass die beiden Soldaten eine gewisse Anteilnahme gegen ihn hätten. Weber habe sich die rote Stelle auf der Brust selbst beigebracht. (!) Sie hätten ihm viel zu schaffen gemacht, hauptsächlich Weber sei sehr nachlässig im Dienst gewesen. Eine Misshandlungsbüschicht besteht er auf entschieden. Den Befehl zum Waschen des Webers mit Bürsten habe er nicht gegeben. Der Beige Weber gab an, dass er oft mit seinen Obliegenheiten nicht fertig wurde, weil er häufig Strafdienst wie Dienstreinigungen usw. hatte. Unter anderem habe er einmal mehrere Wochen lang den Abort reinigen müssen. Bemerkenswert ist die Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Dr. Werbach. Er stellte dem Angeklagten das Beugnis eines tüchtigen Unteroffiziers, dem jede Absicht gefehlt habe, aus, der nur von dem Bestreben geleitet gewesen sei, seine Leute zu tüchtigen Soldaten auszubilden!! Er habe erzieherisch (!) auf die beiden nachlässigen Soldaten eingespielt und sie besser machen wollen. Der von der Presse so gern gebrachte Ausdruck „Soldatenkind“ könnte auf den Angeklagten keine Unwendung finden. Mit den Worten Lüthers: Wer sein Kind lieb hat, der züchtigt es! schloss er diese Verteidigungsrede und bat um Freisprechung oder milde Bestrafung wegen vorschriftswidriger Behandlung. Das Gericht schaltete die meisten Misshandlungsfälle aus und sah nur in dem Stoß mit dem Gewehrlauf eine Misshandlung. Das Urteil lautete auf drei Wochen Mittelarrest wegen Misshandlung in einem Falle in Idealstrafe mit Beleidigung, vorschriftswidriger Behandlung in 5 Fällen nebst Beleidigung. Der Vorwurf: „Sie haben gestohlen!“ im Falle Treslows wurde nicht als Beleidigung angesehen.

Das verheerende Unwetter am Mittwoch hat in Dresden und Umgegend ärgere Verwüstungen angerichtet, als sich im Augenblick übersehen ließ. Arg gehau hat das Unwetter in den städtischen Anlagen und im Großen Garten. Die Stadtgärtner hat allein mehrere Tage zu tun, nur um das Holz der zusammengefallenen Bäume und Äste zu sammeln. Teilweise sind in den Alleen, auf Straßenfronten usw. ganze Reihen von Bäumen umgebrochen, so dass sie durch neue erneut werden müssen. So sind auf der Teplitzer Straße von den ungefähr 500 bis 600 der dort stehenden Eichen fast die Hälfte umgeknickt worden. Am Tiefenbach steht es aber in den Anlagen des Großen Gartens und der Bürgerwiese aus. Nach Aussagen von Leuten, die es miterlebt haben, soll der Sturm seit dem Jahre 1885 nicht so gewaltig gewesen wie am Mittwoch. Die städtischen Bäume hat er entweder ganz entwurzelt und umgelegt oder in halber Höhe einfach abgebrochen oder auch die Spitze abgedreht. Ein Teil der Herkulesallee, und zwar der mittlere, musste für den Verkehr gesperrt werden. Wie auf einem Schlachtfeld lag es in den Anlagen des Großen Gartens und der Bürgerwiese aus. Alle Wege waren besät mit abgebrochenen Ästen, halben Bäumen usw. Garteneinfriedungen und Ruhebänke sind zum Teil durch die herabfallenden Äste zerstört. Auf der Bürgerwiese richtete das Unwetter an den für das nächste Sonntag beginnende Bundesregatta errichteten Festbauten beträchtlichen Schaden an. Der Blit schlug in eine Halle und beschädigte auf kurze Zeit einen Knaben, der mit vielen anderen Personen dort Schuh geschaut hatte. Der Knabe wurde durch den Aufprall des Blitzen zu Boden geschleudert. Von der Halle, in der die vielen und wertvollen Preise aufgestellt worden sind, wurde die Verkleidung losgerissen, so dass eine Anzahl Gewinne verdorben worden sind, die durch neue erneut werden müssen. Die Erhöharbeiten wurden die ganze Nacht fortgesetzt.

Auch Reich wurde von dem Unwetter arg in Mitleidenschaft gezogen, doch blieb der jenseits des Bahndamms liegende Teil des angrenzenden Ortes Niederseidewitz vom Gewitter völlig verschont, nicht einmal gereget hat es dort. — In Wölfnitz schlug der Blit ebenfalls in elektrische Leitungen und Schmolzen Sicherungen. — In Klohsche wurden einige Stromer unter Wasser gesetzt, die herniedergesunkenen Blitze schlugen nicht. — In Loschwitz schlug der Blit in den Hochbehälter des Wasserwerks am Weißen Adler; dort waren jedoch die Beschädigungen nur gering, unter anderem wurde ein elektrischer

Zähler zerstört. — In Modrich ist die neuerbauten Hindernisse auf einer Seite vollständig zerstört worden. Das Wasser hat bis einen Meter tiefe Löcher gerissen und die Vorhänge hängen geschwommen. Der Schaden wird auf 2—3000 M. geschätzt.

Kaufmannsdienst.

Eine gefüllte Kompostkübel und dauernde Stellung von einem vierseitigen Kaufmann durch folgendes Präzitat im Kreisgericht angezeigt werden:

Suche nach Baugen eines Herren, welcher die Fahrradbranche versteht, als Bauer, Expedient, Lagerkraft und Verkäufer in dauernder Stellung. Monatlich gehalt 60.—80.—

60 bis 80 Mark! Aber schließlich zeigt sich die Wohnung universelle Kopf sich auch auf talentvolle Art durch Leben zu schätzen wissen wird.

Erschossen hat sich der in Dresden wohnhaft gewesene Generalleutnant v. Wilms in Gotha. Ein Brief an den hier lebenden Frau gibt Lebensüberdruss als Grund der Tat an.

Wieder Wahlkreis. Die Genossen der einzelnen Kreise seien hierdurch nochmals auf das am nächsten Sonntag stattfindende Kreisfest aufmerksam gemacht. Dasselbe weicht in seiner geplanten Veranstaltung wesentlich von dem gewöhnlichen Sommerfest ab. Das Komitee hat alles aufgeboten, um selbst den ältesten und Genossen für einen außerordentlich geringen Festbeitrag einzuladen. Für die Kinder werden sich besonders die Genossen aufstellen, um durch gediegene Unterhaltungsstücke den kleinen die Feiernden zu erhöhen. Im übrigen soll die räumlich ausgedehnten 4. Wahlkreise auf die Größe des Kreises entsprechend einander näher zu bringen. Es ist deshalb gewünscht, dass die erste größere Veranstaltung durch möglichst viele Leute zu einem wirklich imponanten Festen sich gestaltet.

Vor allem ist es wichtig, dass sich alle Teilnehmer mit festrechtzeitig auf dem Stellplatz, Moritzburger Platz einfinden. Die Königl. Polizeidirektion hat die Genehmigung zu einem geschlossenen Festzug mit zwei Zugfahnen erteilt. An den Genossen in allen Bezirken, Stadt und Land wird es nun mehr liegen, das Fest zu einem echten Volksfest zu gestalten. Nach harter Werktagarbeit, nach unerlässlichem Kampf mit den Feinden des wirtschaftlichen Volkes ein Tag der Freude, ein Tag des Genießens. Das muss am nächsten Sonntag die Parole der organisierten Arbeiterschaft im 4. Kreis sein. Zu Tausenden müssen die Parteiarbeiter aus allen Bezirken nach dem Stellplatz wandern. In besonderer Beachtung für alle Festteilnehmer sei darauf hingewiesen, dass der Festplatz bis zur Ankunft des Festzuges geschlossen bleibt. Auf zum Kreisfest!

Es lebe die Freude!

Veranstaltungskalender für Sonnabend.

Reichenberg. Grababend in der Königbrauerei. Dohna und Umgegend. Abends 9 Uhr Volkerversammlung im Rathaus zum Mitgliedertag.

Gruppe Leutewitz. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Rathaus zur Höhe.

Wilsdruff und Umgegend. Abends 9 Uhr Volkerversammlung im Gasthof in Wilsdruff.

Gentralverband der Maurer Deutschlands. Abends 8½, Uhr Begegnungen in Radebeul im Hof zur goldenen Krone; in Seidewitz in Kloster; in der Goldenen Krone in Kleinzschönau; in Alten Gasthof in Mügeln; im Gasthof zu Wilsdruff.

Gerichtszeitung.

Militärgerecht.

Eine harte Strafe erhielt wegen verleumderlicher Bemerkungen eines Vorgesetzten der Fahrer Max Paul Broicher von der 5. Kompanie des 12. Kavallerie-Regiments. In der Sache versetzte der Befehlshaber die Sache in die Kavallerie-Kompanie. Broicher schrieb in einer Befreiungsschreiben, dass der Sergeant Stopp gelegentlich des letzten Manövers in Hartmannsdorf sächsisches Hafer an einige Bauern verloren habe. Dem die Sache unterliegenden Batteriesoldaten wurde die Namens-Broicher und Haase als über die Unterstellung informiert. Begegnung eines Verhörs am 3. Februar d. J. in der Batterieschreibstube erklärte Broicher seinem Hauptmann gegenüber, er habe es dem Sergeanten auf den Kopf zugelegt, dass sich die Bauern in Wirklichkeit über den Haferverlust unterhalten hätten. Haase und die Angeklagten wollen angeblich einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gestellt. Wegen der Verhandlung bestreite er diese Aussage und erhält einige Befreiung. Der Sergeant bestreite, er habe den Haferverlust unterhalten; er habe die Angeklagten möglicherweise einen Saat-Hafer transportiert haben, die besten Bestimmungen sie im unklaren geblieben sind. Die momentanen Inspektionen verließen resultlos; ein Schuldbeweis gegen den Sergeant konnte von keiner Seite erbracht werden. Broicher wurde wegen dieser Neuerung im Batterie-Geschäftszimmer unter Anklage gest

die Domäne einer kleinen politischen Minorität. (Gemeint sind die Nationalliberalen.) Allerdings gehörten alle Stadtvorordneten der Abt. E zu den Liberalen. Die Wählerklasse D sei bedroht von der Sozialdemokratie. Aber auch dieser Hinweis sei nicht zutreffend. Wenn man sich auf das Jahr 1905 stütze, wo in D II die Sozialdemokratie siegte habe, liege das nur an den bürgerlichen Parteien selbst. Man habe 1907 auch das nämliche Resultat vorhergesagt, sei aber hier ein schlechter Prophet gewesen. Solange die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber stand, werde letztere stets im Nachteil sein. Auch Redner erwartet, daß Schluß abzulehnen.

Stadt. Uhlig: Die bürgerliche Linke kann nur erfreut sein, wenn der Antrag abgelehnt wird, denn nur sie wäre es, welche zu verlieren hätte. Wir haben kein Interesse am Rücktritt, wir vermeiden das ganze Gesetz. Wenn sich die Angehörigen der Abt. E beschweren über eine Ausnahmestellung, die sie angeblich einnehmen, so trifft dies gar nicht zu, wohl aber für die Arbeiter. Gegen diese Vergeblichkeit rüht sich niemand. Man hat uns nur zugelassen, soweit man muß. Wir verwerfen Ausnahmestellungen, in welcher Form sie seien. Es sei eine Ironisierung des Gesetzes und das größte Unrecht, wenn Abt. E im Jahre 1906 bei 1574 Wählern 12 Vertreter habe und Abt. B bei 13 618 Wählern auch nur 12 Sitze in beiden Abteilungen. Die Steuerleistung solle angeblich nicht die Maßstab für die Berechtigung sein. Welchen Wert und welche Bedeutung die Arbeiterschaft hat, komme in diesem Gesetz nicht zum Ausdruck. Stadt. Vogel habe keine Zeit die Angehörigen der Abt. A, Rentner und Privatiers, als solche Leute geschildert, die sich erst erkundigen: Wo steht man die wenigsten Stimmen? Dort ziehen sie hin. Das sei die Qualität von Leuten, denen zu Gehör man solche Wahlgelegenheit mache. Der wirtschaftende Mittelstand, Abt. D II, habe bei seinen 5126 Wählern nur 6 Sitze, das ist auf 850 Wähler ein Sitz, während bei Abt. A ein Sitz auf 130 und bei Abt. E auf 15 Wähler ein Sitz komme. Bei Abt. D II sehe man auch ganz genau durch die Abstimmung, daß man es hier über die Hälfte mit Proletarien zu tun habe. Durch ihren sozialdemokratischen Stimmzettel geben sie der bürgerlichen Politik ein Missbrauchsvolumen, deshalb will man sie zu Tode hängen.

Stadt. Dr. Hänsel: Es kommt nicht auf die Zahl der Gewählten, sondern auf die Qualität der Gewählten an. Bei Leuten von der Qualität Uhligs, Fleißners, Krügers usw. genügen 12–14 vollständig, was sollte werden, wenn davon 50 Mann im Kollegium sitzen? (Heftiges Vorwurf der Charkterisierung der Majorität!) Wir sind leider nicht unzureichend genug gewesen, daß wir den Sozialdemokraten so viel (Gesetzgebung) gemacht haben.

Stadt. Dr. Stieglitz: Ich kann nicht auf die Zahl der Gewählten, sondern auf die Qualität der Gewählten an. Bei Leuten von der Qualität Uhligs, Fleißners, Krügers usw. genügen 12–14 vollständig, was sollte werden, wenn davon 50 Mann im Kollegium sitzen? (Heftiges Vorwurf der Charkterisierung der Majorität!) Wir sind leider nicht unzureichend genug gewesen, daß wir den Sozialdemokraten so viel (Gesetzgebung) gemacht haben.

Stadt. Vogel: Der Stieglitz macht Uhlig den Vorwurf, er habe nur zum Fenster hinausgeschaut und rechtfertigt die eigene Gruppenmitglied. Nachdem noch die Stadt. Vogel, Thümmler und wiederholts Uhlig gesprochen haben, wird folgendes Gutachten einstimmig (unter großer Heiterkeit) angenommen:

"Kollegium will a) die Sitzung des Verein Kaufleute vom 12. Dezember 1906 und 28. Februar 1907 um Aenderung

des Ortsgeleis über das Stadtvorordneten-Wahlrecht ablehnen und b) hierdurch die Eingaben 1. des unabhängigen Auskunftsberichtes für die Stadtvorordnetenwahlen der Gruppe E vom 4. Januar 1907, 2. des Vorstandes der Dresdner Kaufmannschaft vom 11. Januar 1907, 3. der Freien Vereinigung von Kaufleuten und Industriellen Dresdens vom 16. Januar 1907, 4. des Ortsauskunftsberichtes des Verbandes Sachsischer Industrieller vom Januar 1907 sowie 5. des Verbandes Dresdner Geschäftshäuser vom 4. Februar 1907 für erledigt erklären."

Im Anschluß hieran wird folgender Antrag des Stadt. Vogel I und Genossen zur Beratung gestellt: "Kollegium will b) schließen, an Stelle des jetzige bestehenden Stadtvorordneten-Wahlrechts das vorher bestandene Wahlrecht wieder einzuführen, und zwar unter Anwendung der Verhältniswahl (Proportionalwahlklausum). Stadt. Krüger I führt zur Begründung seines Antrags unter anderem folgendes aus: Der vorhin beprochnete Antrag des Kaufleute interessiert uns wenig, wir wollen auch nicht am Gesetz herumstehen. Nach unserer Ansicht ist es derartig mangelhaft, daß es schon jetzt, trotzdem es noch nicht lange besteht, richtig verwirkt werden könnte. Redner beleuchtet die damalige politische Situation im Kollegium, als daß heutige Wahlgelegenheit stand. Auch die Schwierigkeit, die Arbeiter zu erdenken, und Bürger zu erdenken, führt Redner an und daß uns auf unsere fortgesetzten Befürchtungen erst das Oberverwaltungsgericht in dieser Beziehung freie Hände gegeben hat. Als Redner damalige Neuerungen vom Oberbürgermeister sowie von Hartwig und dem heutigen Vorsitzenden plänen will, wird er vom Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen: das geht nicht zur Begründung seines Antrags. Auf daß jegliche Wahlrecht sollte hinzuweisen, legt er dessen Unzulänglichkeit, die damit verknüpft Arbeit für Wähler und Beamte anstreben, allen mit äußerst drastischen Beispiele beweisen. Auch hierbei wird er wieder vom Vorsitzenden unterbrochen. Redner schreibt: Wir verlangen ein allgemeines Wahlrecht, wobei die Sitze nach dem Verhältnis verteilt werden. Die etwa in der Städteverbund entgegenseitigen Bestimmungen fürchten wir nicht.

Stadt. Dr. Hänsel: Ich mache Krüger den Vorwurf, er habe nur zum Fenster hinausgeschaut" und bittet um Ablehnung, desgl. Stadt. Dr. Schneider, der sogar bittet, die Diskussion abzulehnen. Ein Schlusstanz wird mit 38 gegen 26 Stimmen angenommen!! Stadt. Beck erklärt, für den Antrag Krüger u. Gen. zu stimmen, weil er auch eine alte Forderung des Wiedereinführungswesens ist. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Stadt. Beck abgelehnt.

In der Sitzung am 8. Mai waren zur Wahl von drei Stadtvorordneten für das am 6. und 7. Juli stattfindenden Städtegründung in München die Stadt. Dittmann, Fleißner und Sack vom Wahlauftakt vorgefallenen worden. Diesen Vorschlag hatte man damals zurückgewiesen. Heute werden hierzu noch die folgenden vier Herren vorgeschlagen: Stadt. Vorsitzender Södel, Stadt. Grüninger, Hettner und Wendisch. Der Vorsitzende schlägt vor, fünf Delegierte zu schicken, wie der Rat, davon drei mit und zwei ohne Stimmberechtigung.

Dagegen spricht Stadt. Hänsel in der heutigen Sitzung 3 mit Stimmen.

reicht und über 8 Tage die aubern 2 gewählt wissen will. Den stimmt man zu und gewählt werden im ersten Wahlgange Stadt. Dittmann mit 57 Stimmen und Vorsitzender Södel mit 32 Stimmen im ersten Wahlgange, während Stadt. Wendisch durch das Los bestimmt wird. Eine Menge andere Wahlen zu Delegationen werden noch nach den Vorschlägen des Wahlauftaktes erledigt.

Stadt. Thierfelder beantragt: "Kollegium möge beschließen, den Rat zu ersuchen, bei der Kaiser. Oberpostdirektion dahin vorstellig zu werden, daß von dieser baldmöglichst Einrichtungen getroffen werden, die eine ununterbrochene Benutzung der Fernverkehrsleitung auch während eines drohenden oder sich entladenden Gewitters ermöglichen." Stadt. Thierfelder wendet sich als Nachmann gegen den Antrag.

Das Leben der Beamten sei kostbar. Bis jetzt habe man noch nichts erfunden, was Garantie für Unverzüglichkeit ergeben könnte, aber die Postdirektion bringe allen derartigen Erfordnissen das größte Interesse entgegen. — Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Die Rechtsanwalts des Kollegiums stellen folgenden Antrag: "Kollegium will a) unter Berücksichtung zu dem von einer Anzahl bisheriger Rechtsanwalts an das Königliche Ministerium der Justiz gerichteten Gesuchs das Königliche Ministerium ersuchen, die Zusammenlegung der Verhandlungskäste für Bürglachen des Landgerichts und des Amtsgerichts in ein Gebäude, am besten das Amtsgerichtsgebäude, anzurufen, und b) den Rat um Zustimmung zu diesem Beschlüsse ersuchen. Hans Kohnmann. Schlichte. Schuricht. Weiglich L. Christoph." Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Rat hat beschlossen, einen Waldteil südlich und westlich der Großenhainerstraße zum Zweck eines Waldparkes vorläufig auf 15 Jahre zu mieten. Das Stück ist 38 Hektar groß und kostet jährlich 572 M. Werte kosten. Vorsitzender Stadt. Hänsel: Der Nutzen würde für die Stadt wohl nicht allzu groß sein, aber auch die Ausgabe sei nicht hoch. Für die Einwohner von Pieschen und Trachenberge sei es immerhin ein Schuhplatz. Auch habe sich der Rat das Vorlaubrecht vorbehalten. Die Unterhandlungen bezüglich eines Waldstückes in dritter Linie beginnen seitens des Rat erfolgt. Der Rat will das Vorlaubrecht beibehalten. Das Kollegium wird einstimmig den Wunsch aus, daß es dem Rat gelingen möge, dieses Stück zu angemessenem Preise ganz in den Besitz der Stadt zu bringen. Das Kollegium tritt dem Rauschelblau einstimmig bei.

Über Verbesserungen der Feuerwehrseinrichtung im Ausstellungsgebäude referiert Stadt. Höpf. Zu diesem Zwecke werden 3796 M. 35 Pf. von der Anteile bewilligt; gleichzeitig wird aber auch beschlossen, den Rat zu ersuchen, über die Zulänglichkeit der Notausgänge Erörterungen anzustellen und das Ergebnis den Stadtvorordneten mitzuteilen.

Die Gründung der Einrichtung eines Stadtbefreiungszuges und eines Kampfleibeamten für die Rangier des Stadtbefreiungszuges wird für 1. Juli 1908 beschlossen mit einem Gehalt von 4000 bis 5000 M. für den Arzt und von 1200 M. Grundgehalt für den Kampfleibeamten.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime.



Bei heißem Wetter

find diejenigen Speisen am austraglichsten, welche leicht und möglichst vollständig verdaulich sind. — Zu diesen Nahrungsmitteleinheiten gehören in erster Linie

frische Seefische.

Besonders preiswert und von vorzüglicher Güte ist:

Kabljau, „Helgol.“ Pfd. 15

Prachtstück bis 3 Pfund

Goldbutten 5 Pfd. 75

gut und frisch

Seehchekt „Helgol.“ Pfd. 20

in Prachtstück

Austernfisch, ohne Kopf Pfd. 20

in fl. Fischen

Rezepte gratis!

Juni-Matjes 3 St. von 20

delikate Fische

Nasse mehlige Kartoffeln, fl.

Sämtliche geräucherte Fischwaren

täglich frisch zu billigen Tagespreisen.

Fahrrad-Zubehör

Größte Auswahl, gut und billig.

Der neue Katalog wird jetzt ausgegeben.

Paul Schmelzer, Ziegelstr. 19.

Beste Erfrischung!

Herrlich gute getragene

Damen-Kleider

sowie neue u. getragene

Herren-Garderobe

verkauf sehr billig

I. Dresden Kleidermagazin

nur Töchter, I. L.

Mutterspritzen

Spülflaschen v. 1 M. an, Leib-

binden und alle hygienischen

Frauenartikel.

Preisliste gratis. 15 Bros. Rabatt.

Frau Heusinger

Am See 87.

Eine Doppeldosaladerplat.

Rover, sehr gut erhalten, daß

zu verkaufen.

Rietzschelstr. 2, 4. Sachsen.

Aufpolstern! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Tuchlager Amalienstr. 17, I.

Autogarn! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Tuchlager Amalienstr. 17, I.

Autogarn! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Tuchlager Amalienstr. 17, I.

Autogarn! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Tuchlager Amalienstr. 17, I.

Autogarn! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Tuchlager Amalienstr. 17, I.

Autogarn! Solo 5, Motz. v. 3 M.

an. Liebig. Seidner Str. 33.

Gute gte. Anzüge, Schuhwaren

für Herren und Damen billig

R. Nicolai, Kleine Kirchgasse 1.

Reise! zu Knaben-Anzügen,

20 einzelne Hosen 2½, - 6½ M.

Gesang-Verein Frohe Sänger, Löbtau
Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes Dresden. — Dirigent: Herr H. Riva.

Sonntag den 21. Juni 1908 im Garten der Musenhalle

Großes Sommer-Fest

Darbietungen:
Instrumental- und Vocal-Konzert, Gedenkstätte, Preiswettbewerb, Pfefferkuchen-Verlosung, Ringwerfen, Kokosnusswerfen und andere Belustigungen für jung und alt. Bei eintretender Dunkelheit: Lampenzug für Kinder. — Festkarten legitimieren zum freien Eintritt in den Saal.
Anfang 3 Uhr nachmittags. Um zahlreichen Besuch bitten D. V.

Deutscher Holzarbeiterverband. Versammlungen

Bezirk Cossebaude und Umgegend
Sonnenabend den 20. Juni, abends 8½ Uhr, im Bahnhofslöchchen zu Siegeln

Bezirk Radebeul und Umgegend
Sonntag den 21. Juni, vorm. 11 Uhr, im Restaurant Hanisch zu Radebeul

Bezirk Laubegast und Umgegend
Dienstag den 23. Juni, abends 8½ Uhr, im Bismarckhaus in Laubegast

Bezirke des Plauenseehens Grundes
Mittwoch den 24. Juni, abends 8 Uhr, in der Roten Schänke in Nöthnitz

Bezirk Klotzsche, Rähnitz u. Wilischdorf
Mittwoch den 24. Juni, abends 8½ Uhr, im Gericht in Nöthnitz.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Was lebt und der letzte Verbandstag. Gewerkschaftliches.

Bezirk Cotta
Sonnenabend den 27. Juni, abends 8½ Uhr, in den Linden, Birkhainerstr.
Tages-Ordnung:
Vertragsholzpolitik und Tarifverträge. Referent: Kollege P. Krüger.
Gewerkschaftliches.

Photographische Branche

Dienstag d. 23. Juni, abends 6 Uhr, im Gasthof Seidnitz, Bodenbacher Str.
Tages-Ordnung:
Der Untergang der Mittelschichten und die kapitalistische Entwicklung. Ref.: Herr Redakteur R. Pietzsch. — Gewerkschaftliches.

Zu diesen Versammlungen darf kein Kollege fehlen.

Die Verwaltung.

M.-G.-V. Freie Sänger, Dresden-Plauen

Mitglied des Arbeiter-Sänger-Bundes Dresden und Umgegend
Dirigent: Herr Kapellmeister F. Büttner.

Sonntag den 21. Juni 1908

Großes Gartenfest

im neu vorgerichteten Garten des Kleinen Volkshauses,
Hofmühlenstraße Nr. 61.

Allerhand Belustigungen für jung und alt.

Anfang 3 Uhr.

Von 6 Uhr ab: Tanzkränzchen.

Ver. Freie Turner Zschachwitz u. U.

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Sonntag den 21. Juni 1908

Gr. Sommer-Fest

im Gasthof Goldene Krone, Kleinzschachwitz.

Darbietungen:

Instrumental-Konzert, turnerische Aufführungen sowie verschiedene Belustigungen für jung und alt.

Anfang nachmittags 3 Uhr.

Es lohnt sich ein

Der Turnrat.

Zentralverband der Glasarbeiter

Sonntag den 21. Juni 1908 im Garten
des Gambrinus, Löbtauer Straße 66

Gr. Sommerfest

Warenverlotungen, Belustigungen verschiedener Art, Kosperletheater, Lampenzug für Kinder

Beginn 3 Uhr

Zu zahlreichen Belustigungen laden ein

Das Komitee.

Restaur. Heinrich Dahms

Leisniger Straße 12
hält sich den Partei- und Gewerkschaftsgenossen bestens empfohlen. Vereinszimmer, 40–100 Personen, festlich, noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll Der Obige.

Naturheilverein im Pl. Grunde
(E. V.)
Sonntag den 21. Juni
Ausflug nach dem Kaiser Grund
und zurück über Nauheim.
Um 10 Uhr vom Sächs. Wolf.
Zum Anfang der Woche Eröffnung
des neuen
Frauen-Luftbades
Klub sind noch einige Säulen mit
und ohne Lauben zu vergeben.

Nordsee

Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.
In starker Eisbedeckung erhalten täglich in
eigenen Eisenbahn-Kühlwaggons
garantiert lebendfrisch:

ff. Seelachs ohne Kopf
im Anschluss Pfund 22 Pf.

ff. Kabeljau ohne Kopf
im Anschluss Pfund 24 Pf.

ff. Schellfisch ohne Kopf
im Anschluss Pfund 28 Pf.

ff. Heilbutt ohne Kopf
im Anschluss Pfund 100 Pf.

ff. rotfleischigen Flusslachs ohne Kopf
im Anschluss Pfund 150 Pf.

ff. Schollen, groß, Pfund 50 Pf.

ff. Schollen, mittel, Pfund 40 Pf.

ff. Rotzungen, groß, Pfund 40 Pf.

ff. Helgoland. Schellfisch
Pfund 26, 32 und 45 Pf.

ff. Steinbutt, gross
Pfund 160 Pf.

ff. Steinbutt, mittel
Pfund 140 Pf.

ff. Seezunge, Knurrhahn, Austernfisch,

Seechef, Zander.

Werner empfiehlt:

ff. ger. rotfleischigen Flusslachs in Stückchen
Pfund 150 Pf.

ff. Lachsheringe, geräuch. Schellfisch, Seelachs,

Rochen, Kieler Rücklinge, Spick-Anje usw.

ff. Maatjesheringe (vom Junifang)

Pfund 15, 20 und 25 Pf.

sowie sämtl. Fisch-Konserven in feinsten Qualitäten

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee

Webergasse 30. Telephon 2471.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft

Tel. 1470 „Nordsee“ Tel. 1470

Niederslage in Dresden-Neustadt:

Görlitzer Str. 1 — Eingang Luisenstr.

Inh.: Friedr. Wiegand.

Gasthof Rippchen.

Empfiehlt seine freundl. Gastlichkeit einer gezielten Beachtung. Aufschank nur bester Bier! Hochachtungsvoll Paul Koch und Frau

öffentl. Tanzmusik wozu freundlich einlädt Edwin Böhme.

Gasthof Röthnitz.

Sonntag den 21. Juni 1908

Schweinsprämien - Vogelschiessen ohne Nieten. Es laden freundlich ein Mr. Tögel und Frau.

Laubegast. Zum Elbtal

Au der siegenden Höhe

Schöne Aussicht auf das Elbtal, ge

decke Veranda, gute Bewirtung.

Hugo Lehmann u. Frau

zürcher Dorfbüttig 13.

Rothes Restaurant

Großenhainerstraße 128.

Sonntag Konzert bis 12 Uhr.

Herrlicher, neuvergitterter

Pariser Garten

Große Weißauer Straße 13.

Täglich

Instrumentalkonzert

Schönster Garten der Neustadt.

Elbschlösschen

Wildberg-Gauernitz

empfiehlt sich bei Ausflügen ange-

legentlich zur Einkehr. ff. Speisen

Schuhwert, alt u. neu. Auch

Neugärtnerei sehr billig nur

Bestattungshalle West Seite

Neu eröffnet!

Die

SLUB
Wir führen Wissen.

Musenhalle Löbtau

Heute Freitag den 19. Juni 1908, bei günstiger Witterung

Militär-Konzert mit Schlachten-Potpourri
ausgeführt von der gesamten Kapelle des Regt. Sächs. Schützen-Regiments Nr. 108. Direktion: Herr Stabskapellmeister H. Helmig. Tambour-, Hornstreichzug u. Gewehrabteilung vom 2. Grenadier-Regt. 101. Eintritt 15 Pf. Beginn abends 8 Uhr. Sorgfältig gewähltes Programm. Um zahlreichen Besuch bitten Ernst Valten u. Frau.

Sommer-Varieté

Hammers Hotel

Dresden-Striesen

Eingang Augsburger u. Blasewitzer Straße.
Direktion: Moritz Beckert.
Manager Emil Pietzsch. Kapellmeister Franz Jaeger.

Giniges und erfrischendes Sommer-Varieté Dresden.
Eröffnungs-Programm.

Semiramis

Elektrische Freizeit mit Tanz, ausgeführt von fünf Damen. Solotänzerin: Frida Hartmann.

Heilwegh und Miss Bella
Dirig. Gymnast.-Kombinat-Alt.

François Rivoli
Mimiker.

Les 3 Vestales
Lebend plastische Kunst nach Werken antiker und moderner Meister in höchster Vollendung. Ohne Konkurrenz in diesem Genre.

William Herbert, der brillante Humorist.

Margarete Milär Sopranistin. **Bella Rio** Soubrette.

The Hovyns, die exzentrischen Bäcker.

Kinematographische Vorführungen.

Anfang 1½, 8 Uhr.
Sonntags und Mittwochs 2 Vorstellungen.
1/4 u. 1½, 8 Uhr. Haltestellen der Straßenbahnlinien Nr. 1, 2 u. 30.

I. Platz 1 M., II. Platz 60 Pf., III. Platz 40 Pf.
Vorzugskarten, 20 Pf. Gültigkeit.

Restaurant Union, Huttenstraße 7
empfiehlt seinen Gesellschafts- und schattigen Garten allen Vereinen und Gewerkschaften zur gütigen Benutzung. Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt.

Hochachtungsvoll Gustav Kranke.

Restaurant Erholung
Bahnhofswirtschaft Klein-Naundorf.

Sonntag den 21. Juni

Großes Schweins-Prämien-Vogelschiessen.
Belustigung für jung und alt.

Hierzu laden ergebnist ein Paul Einert.

Bad „Glückauf“, Potschappel.
Schlachtfest. Sonntag 21. Juni: Schweinsprämien-Vogelschiessen

Um zahlreichen Besuch bitten Alfred Nüslein u. Frau.

Vereiniger Männerchor (Senefelder-Schuhmacher).

Montag, 22. Juni, abends 9 Uhr

Gesamt-Probe im Vereinslokal, Höld. Senefelder. Der Vorstand.

Vogelwiese 1908!
Wersleit Konzerthalle Zum Strohdeckel.

Vereine!
Schöner Lindengarten 1. Sommersaison!

Zwei Asphalt-Kegelbahnen!

Barbarossa, Striesen.

direkt am Hochwald gelegen, schattig.

Garten, elektr. Orchester, daher

jederzeit Tanzmöglichkeit. Sehrwert: 800jährige Linde, 8 Mrd. Kms.

gesellige Begegnung.

Barbarossa, 8 Mrd. Kms.

Weg zum Elbtal.

Barbarossa, 8 Mrd. Kms.

Weg zum Elbtal.

Barbarossa, 8 Mrd. Kms.

Weg zum Elbtal.</

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Mr. 139.

Dresden, Freitag den 19. Juni 1908

19. Jahrgang

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der heilige Detonierer

Der Verteidigte vertheidigte.
Der Redakteur der Arbeiterzeitung in Essen, Genosse Wilhelm Ostkamp, hatte sich dort vor der Strafkammer wegen Beleidigung zu verantworten. Unter Anklage gestellt war ein Artikel, in dem das Verhalten der Essener Steinkohlenbergwerks-Gesellschaft als Eigentümerin der Hedsche Pauline bezüglich der Auteilung der Deputatskohlen an ihre Belegschaft einer Kritik unterzogen wurde. Hieran anknüpfend wurde in dem Artikel auf einen Bericht der Essener Volkszeitung (Gedenksblatt) zurückgegriffen, in dem eine Fehlerei geschildert war, die aus Anlaß der Dekorierung eines Arbeiters der Hedsche Pauline stattfand. In dem zur Anklage gestellten Artikel steht es: „Als einen besonderen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge bezeichnet das Zentrumsblatt die Hinzuziehung des Arbeiterausschusses zu der Zeier, dessen Mitglieder dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter angehören! sehen wir endlich, wofür Arbeiterausschüsse da sind. Waren Verbandskameraden gewesen, die würden sich wohl dafür dankt haben, Statisten zu markieren, wenn einem ausgegergelteten Arbeiter ein Stück Blech auf die Brust gehängt wird. Wir wollen mal abwarten, ob der Ausschuß vom Schacht Pauline den Zweck seines Da's ins besser erkennt und wenigstens in Versuch macht, die Schädigung der Kameraden durch die Raunkohleumahmregel wieder rückgängig zu machen.“ Durch diesen Artikel fühlte sich der dekorierte Arbeiter Joseph Wüsteff, der die Auszeichnung (allgemeines Ehrenzeichen) aus Anlaß seiner 38jährigen Dienstzeit auf Hedsche Herkules erhalten hatte, beleidigt und stellte Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, daß es ihm nicht eingefallen sei, den Antragsteller zu beleidigen. Wenn man einen Arbeiter für langjährige treue Dienste belohnen wolle, so sei er der Ansicht, daß dies in einer anderen Weise geschehen müsse, als in der Form einer Ordensverleihung. Eine Gratifikation in bar ist einem solchen Arbeiter jedenfalls lieber. Bei Verneinung des Klägers erklärte dieser, er habe nur die Dekoration, die sonstige Gratifikation aber nicht erhalten. — Auf die Frage des Verteidigers, ob er den inframinierten Artikel gegen habe, erwiderte der Zeuge: „Die Herren vom Bureau haben ihn mir gezeigt.“ Auf die Frage, wo der Strafantrag angestellt worden sei, habe er diesen unterzeichnet. Der Vertreter der Anklagedehörde erblieb in dem Artikel eine Herabsetzung der christlichen Gewerkschaft gegenüber dem freien Verbande. In dem vom Zeugen Wüstehoff angezogenen Sahe sei zweifellos versucht worden, den W. lächerlich zu machen, und darin siege die Beleidigung. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 75 Mark. Der Verteidiger führte aus, der Angeklagte stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn ein Arbeiter für treue Dienste belohnt werden sollte, nicht etwa eine Ordensverleihung anstelle sei, sondern daß die Betriebsverwaltung verpflichtet sei, einen solchen Mann materiell zu entschädigen. Wenn in dem Artikel von einem „ausgemergelten Arbeiter“ die Rede gesessen sei, so hätte damit keineswegs der Antragsteller geöffnet werden sollen, sondern nur das System. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß der Angeklagte nicht die Personen des Antragstellers habe treffen wollen, sondern daß es sich lediglich ein System kennzeichnen wollte. Daher mußte die Entlastung erfolgen.

Lokales.
ie Folgen der Krise und ihre Auswirkung durch die Unternehmens-
Der gegenwärtige schlechte Geschäftsgang, der auch in der Musik-
instrumenten-Branche am Anfang dieses Jahres keinen Einzug gehalten
hat, wird von der Hofpianofabrik Firma Rönnich wesentlich dazu aus-
genutzt, eine Muschle unter den organisierten Arbeitern zu halten. Trotz-
dem bei dieser Firma der Geschäftsgang bis jetzt noch ein gute
er, sind wohl seitens so viel Entlassungen von alten Leuten vor-
nommen worden als in den letzten drei bis vier Monaten.
Leute, die schon 10 bis 14 Jahre im Betriebe tätig gewesen, entlassen
nun „wegen Mangel“ an Arbeit und besetzte die Stellen durch neue
Leute, oder man sagte auch, die Arbeit sei mangelhaft. (Über
2 Jahre war die Arbeit der betreffenden Kollegen gut gewesen.) Die
Gründe waren zum Teil gar nicht hältlich und zum anderen Teil kei-
nweisentlich und gelücht. Der wahre Grund — und dieses Empfinde-
lt bei den Kollegen allgemein vorhanden — ist wohl darin zu
suchen, daß Herr Rönnich die Organisation der Arbeiter, der
Deutschen Holzarbeiterverband, in seinem Betriebe schwächen will.
Er kann sich noch gar nicht davon gewöhnen, daß auch die Arbeiter
das Recht für sich beanspruchen, bei Regelung der Arbeitsverhältnisse
mitzureden und mitzubestimmen. Dass vor zwei Jahren die Bagger un-
d Bolleret zweit Stunden gestrichen haben, um einen Abzug abzuwehren,
scheint er nicht vergessen zu können. Es ist ja nicht das erstmal, da-
Herr Rönnich organisierte Leute herauswirkt, doch erreichte er bisher
nur damit, daß die Organisation sich weiter ausbreite. Herr Rönnich
ist doppelt organisiert; er gehört nicht nur dem Pianofabrikanten-
verein an, sondern auch dem Arbeitgeberkongressverband, und jede-
schließlich Denksende wird und muß zugeben, daß es nicht mehr al-
leß überständlich ist, wenn auch die Arbeiter vom Koalitionsrecht Ge-
fordert werden.

Vor einigen Tagen ist wieder ein Kollege, der 9 Wochen kan war und mit der Arbeit wieder beginnen wollte, entlassen worden. Betreffender war 9½ Jahr im Betriebe tätig. Einer der Hauptgründ seiner Entlassung war, wie Herr Röntsch selbst sagte, sein Ver halten bei seinem (Herrn Röntsch) vor zwei Jahren hatt gefundene 25jährigen Chefsbiblum. Unnähernd die obige Teil der beschäftigten Arbeiter hatte sich an der Sammlung, die von den Werkführern ausging, um ein Gedenk zu kaufen, nicht beteiligt. Auch obiger Kollege gehörte dazu und dies wurde mit als Entlassungsgrund angeführt. Da auch die Mehrzahl der bisher entlassenen Kollegen sich an dieser Sammlung nicht beteiligt hat, kann man annehmen, daß auch bei ihnen dieser Grund mitgewirkt hat. Doch ein Unternehmer berätige seine Privathachen als Entlassungsgrund auch noch selber anführt, durfte wohl noch nicht oft vorgekommen sein, und dieser soll nun deshalb auch in der Öffentlichkeit festgenagelt

Aus der Umgebung.
Die Lage der Holzarbeiter in der Sächsischen Schweiz.
Aus den Kreisen der Holzarbeiter wird uns geschrieben
wie sich die Arbeiterbewegung langsam aber sicher zu einem
schlagenden Machtfaktor entwickelt, so ist auch die
Arbeiterbewegung der Holzarbeiter in der Sächsischen Schweiz auf

kleinen Anfängen zu größerer Bedeutung herangewachsen. Die Organisationsverhältnisse unter den Holzarbeitern sind, wenn auch weit davon entfernt, gut zu sein, wenigstens in Pirna einigermaßen befriedigend. Leider haben im letzten Jahre viele Kollegen, und das trifft besonders auf die Holzarbeiter an der Oberelbe und in den Gebirgsstädtern und auf die Sägewerksbetriebe und Kistenfabrikation in Pirna und Cositz zu, aus nicht gerade erfreulichen Gründen dem Verband wieder den Rücken gefehrt. Wohl ist dieser Austritt wieder weitgemacht worden durch Neuaufnahmen, aber immerhin ist die Fluktuation im Interesse der Arbeiter selbst sehr bedauerlich. Der Austritt ist um so unverständlicher, wenn man bedenkt, daß gerade in diesen Betrieben die Entlohnung eine ganz miserable ist, die Behandlung fast immer und in jedem Betrieb viel zu wünschen übrig läßt. Auch sind die sanitären und hygienischen Einrichtungen durchaus unzulänglich. Die Arbeitszeit ist eine so überaus lange, wie sie in keinem anderen Gewerbe im Kreise zu finden ist. Besonders schrecklich sieht es in den Schneidemühlenbetrieben aus. Da sind Löhne von 24 Pf. eine Seltenheit, die elfstündige Arbeitszeit ist üblich. Großunterberei bei der Arbeit, schändliche Behandlung durch die Besitzer der Betriebe oder deren Werkmeister, das ist die Signatur, unter der die Schneidemühlenarbeiter noch immer zu leiden halten. Herren im Dause wollen die Unternehmung sein, und die Arbeiter werden zu Heloten, zu Sklaven degradiert. Und noch dazu die herrschende Lebensmittelverteuerung und die herrschende Krise, die in den Schneidemühlenbetrieben eine Veränderung der Produktionsart und damit schlechtere Entlohnung fast immer mit sich bringt. Als vor zwei Jahren der neue Handelsvertrag in Kraft trat, brachte er für die arbeitende Bevölkerung eine Lebensmittelverteuerung und damit eine Verschlechterung der Lebenslage, für die Schneidemühlenbesitzer brachte er jedoch eine bedeutende Zollermäßigung. Bei einem Unternehmer in Sachsen betrug diese Ermäßigung an Zoll in Röhrholz circa 24 000 M. Profit in einem Jahre. Dabei sind die Schneidemühlen-Erzeugnisse — Bretter, Balken usw. — nicht billiger, sondern eher teurer geworden. Haben die Arbeiter nun etwa aus diesem Grund höhere Löhne bekommen? Nein, Abzüge mussten sie sich noch gefallen lassen! Und doch stehen die meistens Arbeiter in diesen Betrieben in der Sächsischen Schweiz der Organisation noch gleichgültig gegenüber. Sie schufteten und schindeten jahraus jahrein und leiden doch selbst bei langer Arbeitszeit mit ihren Familien noch bittere Not. Während die Holzbarone sich neuen Villen bauen und mit den Ahnen von dent im Sanweide den Arbeiter erschufsteten herlich und in Freuden leben. Das wird nicht eher anders werden, bis jeder Arbeiter sie der Organisation anschlägt.

Inland.

Der Kampf der Witter im Erzgebirge
nimmt keinen Fortgang. Die Aussperrung der Arbeiter erfolgte, wodurch sich diese eine bei den jetzigen neuen Lebensverhältnissen und den eingeschränkten Möglichkeiten und für sich geringen Löhnern doppelt unannehmbarer Wohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollten. In Wirklichkeit handelt es sich natürlich um eine Vernichtung der Organisation der Textilarbeiter, die in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hatte. Das Erzgebirge soll aber weiter ein Eldorado der Ausbeuter bleiben. Sie glauben geradezu ein Einrecht auf elend bezahlte Arbeitskräfte zu haben.

Herr Strohfeld in Breslau hatte während eines Metallarbeiterstreiks in Siegen Arbeitswillige vermittelt, wovon der Vorwärts unter der Überschrift: Oberhirsch und Streikbrecher-Agent Mitteilung gemacht hatte. Strohfeld hatte den Verantwortlichen deshalb verklagt. Am Dienstag war vor dem Breslauer Schöffengericht Verhandlung, die mit der Freisprechung des Angeklagten endete. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirsch“ sei keine Beleidigung, und der Ausdruck Streikbrecheragent bezeichne lediglich eine Tatsache. Herr Strohfeld befand sich im Zuhörerraum, und hinter dem schwingenden Fenster halb verborgen, nahm er Kenntnis seiner Milderung.

Kenntnis von seiner Niederlage.
Eine halbjährige Gefängnisstrafe
hat am Montag Genosse Früngel aus Elbing angetreten. Die Strafe erhielt er in einem Prozeß wegen Beleidigung der Leitung des Schuhwerkst — er hatte in zwei Blattltern die Zustände auf der Werkst dargestellt. Von der Gefängnisleitung ist dem Genossen Früngel Selbstbeschäftigung und eigene Verdüstigung sowie das Tragen seiner Kleider gestattet worden. Das Lesen einer Zeitung dagegen ist ihm bis auf daß der Metallarbeiter-Zeitung nicht

200-200-200

Wie in Frankreich die Staatsfreiheit geschützt wird, zeigt folgender Vorgang, den die Soziale Praxis veröffentlicht. Der Friedensrichter in Carmaux hat eine Schadenersatzklage von vier Arbeitern der Glashütte Sainte Clotilde in Carmaux gegen ihren bisherigen Betriebsleiter R. wegen ungerechtfertigter Entlassung anerkannt, da sie nachweisen konnten, daß alleinige und willkürliche Entlassungsgrund sei ihre Gewerkschaftszugehörigkeit und ihre Wahl zu Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaft gewesen. Der Friedensrichter verurteilte R. dazu ihnen je 1200 oder 800 Franc Schadenersatz zu zahlen, indem er folgende Gründe anführte: einmal sei die moralische Schädigung des Kläger noch viel größer als die handgreifliche materielle Schädigung; ferner könne man sich nur schwer einer gesetzwidrigeren, mißbräuchlicheren Entlassungsgrund denken als den von den Klägern vorgebrachten; um ein ausmündendes Gegenstück dazu zu finden, müsse man sich bis in das Bereich unterdrückter religiöser Empfindungen und Familiengefühle begeben; endlich hat der Verlagte durch die Entlassung des Klägers wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit ein Recht schwer verletzt, daß den Klägern nach dem Gesetz zusteht; deshalb mußten sie in ihrer Menschenwürde und ihrem Rechtsbewußtsein als Staatsbürger tief gekränkt fühlen. Bei uns würde es den vier Arbeitern wahrscheinlich etwas anders ergangen sein. Bis jetzt ist unbedingt noch kein Fall bekannt geworden, daß ein Staatsbeamter

11. Generalsversammlung des Zentralverbandes der Sößscher und Sößscherei-Hilfsarbeiter Deutschlands.

S. Rassel, 17. Juni.

Gräger-Lüneburg sprach dann über den Gewerkschaftskongress in Hamburg. Er führte aus, daß ein Abschlusser der Maifeier zu verzeihen ist, bedingt durch den Vereinbarung des Parteivorstands und des gemeinsamen Beschlusses zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Der Kongress müsse deshalb eine klare Stellung zur Maifeier einnehmen und klar und klar aussprechen, wie es mit der Maifeier werden soll. Die Delegierten sollen beauftragt werden, daß die Maifeier auf die Tagesordnung gesetzt werde. Im Verlauf der Besprechung der Tagesordnung zum Kongress berührte der Redner vor allem die Frage der Grenzstreitigkeiten, von der er behauptet, daß sie auf dem Gewerkschaftskongress nicht gelöst werden wird, weil die einzelnen Verbände das Bestreben haben, möglichst viel Mitglieder zu gewinnen. — Habe der diesmalige Kongress nach außen hin auch nicht die Bedeutung seines Vorgängers, so sei doch die Tagesordnung äußerst reichhaltig und müsse das Interesse auch unseres Verbandes erwecken. So die Punkte Heimarbeit und die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung. Es wird sich gerade bei diesem Punkt zeigen, wer der eigentliche Hemmschuh der Entwicklung der Sozialforschung ist.

In der Diskussion erklärte Schöffler-Stuttgart bezüglich der Maifeier, das beste wäre, sie würde gänzlich verschwinden. Diese Ausführungen begegnen gewissem Widerspruch. Umland-Hamburg ist der Meinung, daß die Maifeierfrage falsch beurteilt werde. Die Maifeier habe Boden gesetzt. Es muß der Beweis erbracht werden, daß in der Arbeiterbewegung noch Idealismus vorhanden ist, ohne welchem diese nicht ist, was sie sein soll. An der Kostenfrage dürfe die Maifeier nicht scheitern. Verschiedene Redner wünschen endliche Klärung durch den Gemeinschaftssongkreis; die Beschlüsse des Parteivorstandes und der Generalausschüsse haben das nicht getan.

Nach sehr erregter Geschäftsförderungsdebatte wird eine vom Referenten Gröger eingebaute Resolution zur Maisieierfrage, die lautet: „Der erste Verbandstag der Sozialen und Sozialhilfsarbeiter Deutschlands steht nach wie vor auf dem Boden des Beschlusses des internationalen Kongresses von Paris 1889 und verpflichtet unsere Mitglieder, mehr als bisher für strikte Durchführung derselben Sorge zu tragen. Der Verbandstag erwartet vom Gewerkschaftsamt eine klare und bindende Bezeichnung nach der Richtung hin, daß allen Bestrebungen, welche auf Aufhebung der Maisieier hingießen, die Spalte gebrochen wird. Von der Generalkommision und Parteivorstand wird erwartet, erneut Vorschläge zwangs der Unterstützungsfrage zu machen, welche eine Durchführung der Pariser Resolution im praktischen ermöglicht“, mit 17 gegen

19 Stimmen abgelehnt.
Alsbald wird in der Diskussion zum Referat Agitation und Organisation fortgefahrene. Die eingesetzte Kommission schlug die Anstellung von drei Gauleitern vor; ferner den Verwaltungen Frankfurt a. M., München, Hamburg pro Jahr 1000 M. Zuschuss zu geben.

Um 12 Uhr wurde die Verhandlung auf Donnerstag morgen

Conferenz der Granenre und Biseenre Deutschländ

Im Metallarbeiterverbandshause in Berlin lagte am Montag eine Konferenz der dem Verbande angehörenden Gräbeure und Biseleure. Anwesend waren 20 Delegierte aus 16 Städten Deutschlands. Die Konferenz war einberufen worden, um den Gräbeuren und Biseleuren Gelegenheit zu geben zur Besprechung ihrer besonderen Berufsangelegenheiten und zum Austausch ihrer Erfahrungen und Wünsche in bezug auf Agitation und Organisation.

Nachdem Plaßlisch-Stuttgart als Vertreter des Hauptvorstandes die Konferenz eröffnet und Cohen die Delegierten namens der Berliner Ortsverwaltung begrüßt hatte, sprach Ernst Brüdner-Stuttgart über den gegenwärtigen Stand der Organisation nach dem Anschluß an den Metallarbeiterverband. Der Redner führte unter anderem aus: Der im Jahre 1898 mit 600 Mitgliedern ins Leben getretene Verband der Gräbeure und Biseleure trat im Oktober 1907 in den Metallarbeiterverband ein. Er hatte damals 2460 Mitglieder, von denen 2008 den Anschluß mitmachten. Ein kleiner Teil blieb also abseits stehen. Die Übergetretenen sorgten für den Ausbau und die Ausbreitung der Organisation mit dem Erfolge, daß die Branche der Gräbeure und Biseleure am 1. Januar 1908 bereits 2890 Mitglieder zählte. Die gewerkschaftliche Betätigung der Kollegen sei eine gute. Mit den Resultaten, welche nach dem Anschluß erzielt wurden, könne man zufrieden sein. Der Redner machte Vorschläge zum weiteren Ausbau der Organisation. Er empfahl die Einsicht tüblicher Branchenleiter in allen Orten, regelmäßige Abhaltung von Branchenversammlungen, Besprechung der Vertrevenaleute, Kontrolle über die am Orte vorhandenen Mitglieder, Beobachtung aller Vorstomisse im Lager der Unternehmer, stetige Führung mit der Verbandsleitung usw. — Die weiteren Ausführungen des Redners, ebenso der größte Teil der Diskussion hatten interne Berufsangelegenheiten zum Gegenstand. Im übrigen waren die Redner alle darin einig, daß die Interessen der Gräbeure und Biseleure im Metallarbeiterverband in durchaus

